

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Gemeinsinn — Nächstenliebe.

Wer nur an sich selbst denkt, ist ein dürres Reis, oder gar eine Scharozerpflanze am Laub seines Standes. Er ist unfruchtbar zur sozialen Standesarbeit, er hindert den Aufstieg seiner Standesangehörigen. Arbeiter von solcher Gesinnungsart sind das Bleigewicht an der nachvoll vorwärts strebenden Arbeiterbewegung, die die Gesamtheit der Arbeiter, mithin auch jeden Einzelnen, emporheben will.

Derartige Selbstsucht, dieser Egoismus aber ist dem Wesen und der Lehre des Christentums zuwider. Der Fundamentalgrundsatz der christlichen Weltanschauung heißt: Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst. Der christlich-gesinnete Arbeiter wird dieses Gebot praktisch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung zur Ausführung bringen. Das ist praktisches Christentum, wenn ich meinen Stand ehre und achte und meinen Arbeitskollegen liebe, wenn ich gemeinsam mit ihm an der Hebung der Gesamtheit arbeite und persönliche wie materielle Opfer dafür bringe.

Damit arbeitet jeder für sein eigenes Wohlergehen, für seine Familie, für seinen Stand wie für sein Vaterland. Welche Genugtuung wird es demjenigen gewähren, der seine Christenpflicht in solcher Weise erfüllt. Wohlan denn, christliche Arbeiter, Sorge ein jeder dafür, daß er am Lebensende von sich sagen kann: Auch ich bin dabei gewesen.

Wirtschaftliche Umschau.

„Farbe bekennen!“ Diese Forderung ertönt heute lauter denn je gegenüber der Regierung in bezug auf ihre Stellungnahme zu den Treibereien der großen — fast hätten wir gesagt: allmächtigen — Rohstoffverbände. Unser voriger Bericht klagte bereits darüber, daß sich die Regierung in dieser Beziehung mit einem unbedinglichen Nebelschleier umgibt. Diplomatenmanier! Ja — aber in dem vorliegenden Falle verflüchtigt wenig angebracht! Es stehen die Interessen und zwar nicht mehr und nicht minder als die Lebensinteressen einer ganzen Reihe von Werken und, was uns kaum weniger wichtig erscheint, von Hunderttausenden von Arbeitern auf dem Spiel und da darf denn doch wohl in aller Bescheidenheit wenigstens das eine gefordert werden, daß mit dem „Versteckenspielen“ ein Ende gemacht und eine abschließbare Stellung eingenommen werde.

Es ist unter diesen Umständen zu begrüßen, daß sich vor allen Dingen die zunächst Beteiligten auf eine genau umschriebene Marschroute zu vereinigen beginnen und, unter Hintansetzung jeglichen Neben zweckes, ein nächstes Ziel ins Auge fassen: Die Aufhebung der Zölle auf Roh- und Halbstoffe für Eisenerzeugnisse. Dieser Gegenstand war es, der eine am 30. Mai in Hagen abgehaltene Versammlung von Rohstoffverbraucher verschiedenartigster Zusammensetzung beschäftigte. Verschiedenartig: denn da hatten sich sowohl „reine“ Walzwerke, als Martinwerke und Stahlformgußwerke zusammengefunden, angetrieben durch die eine Sorge, die alle verbünden sollte: die Sorge um die Existenz. Die Regierung muß dazu gebracht werden, den zollfreien Bezug von Rohstoffen aus dem Auslande zu ermöglichen.

Wiewohl die Wichtigkeit der Sache die Erörterung darüber bereits aus dem enggeschriebenen Handels teil an die leitende Stelle in den Tagesblättern getrieben hat, halten wir eine zusammenfassende Behandlung derselben auch an dieser Stelle für unbedingt geboten.

Die „Röln. Volksztg.“ kennzeichnet s. B. die Lage klar mit folgenden Sätzen: „Wenn einem Gewerbe seitens des Staates besondere Vergünstigungen in Form von Tarifermäßigungen oder in der Zollgesetzgebung gewährt werden, so setzt das voraus, daß diese Vergünstigungen allen Beteiligten gleichmäßig zugute kommen, wie das z. B. bei der Landwirtschaft der Fall ist. Anders ist es im Eisengroßgewerbe! Die für Roh- und Halbstoffe bestehenden Einfuhrzölle nutzt man hier durch die bestehenden Syndikate derart aus, daß die weiterverarbeitenden Gewerbe, beabsichtigter Weise (wie selbst die „Rhein. Westf. Ztg.“ zugibt), zugrunde gerichtet werden. . . . Der Schutz zoll soll die nationale Arbeit schützen, nicht aber von einer Gruppe dazu benutzt werden, eine andere Gruppe systematisch zu erdrotseln.“ Und die „Röln. Ztg.“ nennt den derzeitigen Zustand einen solchen: „Wo einige wenige hinter den Kulissen stehende Firmen auf Kosten der Gesamtheit ihr Schäschen ins Trockene bringen.“

Die Einrichtung der Industriezölle datiert bekanntlich aus jener Zeit, in der das deutsche Eisengroßgewerbe noch in den Kinderschuhen steckte. Eine übermächtige Konkurrenz des auf dem Eisenmarkt dominierenden Auslandes sollte dadurch hintangehalten werden, daß man dessen Erzeugnisse bei der Einfuhr nach Deutschland mit einem Zoll belegte, um so das einheimische Gewerbe zu schützen, ihm die Möglichkeit einer gleichmäßigen Erstarbung bis zur rastlosen Wettbewerbsfähigkeit zu bieten. Daraus ergab sich für den inländischen Verbraucher eine stärkere Belastung zugunsten des Großgewerbes, insofern, als dieser inländische Verbraucher einen Preis zahlen mußte, der gleich war: Weltmarktpreis — Schutz zoll. (Der Schutz zoll beträgt M. 10.— pro Tonne.) Das beispiellose Anwachsen unseres Eisengroßgewerbes ist hinlänglich bekannt. Es war so stark, daß man zu der Ausfuhr greifen mußte, weil das Inland nicht mehr in der Lage war, die ganze Erzeugung aufzunehmen. Selbstverständlich trieb diese neue Situation und die in ihrem Gefolge gehende, stärker und stärker werdende inländische Konkurrenz die Preise zurück und zwar durchweg bis auf einen Betrag, der dem Weltmarktpreise entsprach. Darin schon liegt der Beweis dafür, daß das Eisengroßgewerbe der Schutz zolle zu seinem Dasein nicht mehr bedarf. Trotzdem aber suchte man, wo erhältlich, im Inlande einen, um den Betrag des Schutz zolles oder doch einen möglichst großen Teil desselben, über dem Weltmarktpreise stehenden Preis herauszuschlagen und zwar auf dem Wege der Preisvereinbarung und der Kartellierung überhaupt.

Inzwischen wurden Roh- und Halbstoffe „syndiziert“, d. h. die großen Gewerbetreibenden in diesen Erzeugnissen schlossen sich in Syndikaten zur Erzielung einer gemeinsamen Preispolitik zusammen. In diesen Syndikaten feiert die Rücksichtslosigkeit seit einiger Zeit wahre Orgien und das ist der Grund für die von allen Seiten immer lauter und eindringlicher erschallenden Klagen. Seit jener „Syndizierung“ geht nicht nur der Verbraucher im allgemeinen unter dem Druck der Zollsteuer einher, sondern insbesondere auch das, die Roh- und Halbstoffe verarbeitende Gewerbe, das sog. Fertiggewerbe. Die unhaltbare Lage dieses Fertiggewerbes ergibt sich ohne Weiteres aus der Erwägung, daß dasselbe für seine Erzeugnisse, zumal unter den heutigen Verhältnissen, im günstigsten Falle den Weltmarktpreis erhält, während es für die benötigten Roh- und Halbstoffe, infolge der Preispolitik der Verbände, diesen den Weltmarktpreis und Zollsteuer zu entrichten hat. Ein Beispiel möge die Sache veranschaulichen:

Nach einem Bericht vom 29. März hatten die einheimischen Walzwerke für das Halbzeug, nämlich für vorgewalzte Blöcke etwa M. 95.—, für Knüppel etwa M. 102.50 zu zahlen. Die Kosten der Umwandlung von Halbzeug zu Stabeisen betragen etwa M. 20 bis 25 die Tonne. Demnach hätte sich der Preis für Stabeisen auf zumindest M. 120—125 die Tonne stellen

müssen. In Wirklichkeit waren dafür aber nur etwa rund M. 100.— erhältlich, sodaß die reinen Walzwerke, dank der begünstigenden Syndikatspolitik, auf jede Waggonladung Stabeisen etwa M. 200.— zu legen durften! Die Sache wird aber noch toller, wenn man bedenkt, daß einerseits der ausländische Wettbewerb unserer reinen Walzwerke zu derselben Zeit, wo letztere Weltmarktpreis und Zollsteuer für die Roh- und Halbzeugstoffe zu entrichten hatten, diese Produkte zum bloßen Weltmarktpreis bekam und so in der Lage war, Fertigeisen billiger auf den deutschen Markt zu werfen, wie die einheimischen reinen Walzwerke — und daß andererseits die den Syndikaten angehörenden gemischten Werke, die neben Roh- und Halbzeugstoffe auch Fertigeisen produzieren, das Fertigeisen zu einem Preise verkaufen, der noch unter demjenigen steht, den die reinen Walzwerke für die Roh- und Halbzeugstoffe zu zahlen haben!

Die ganzen Manöver zielen offenbar auf eine Vernichtung der reinen Werke ab. Das gab denn auch einer der größten deutschen Großgewerbetreibenden zu Anfang des Jahres offen mit den Worten zu: „Erstere (die reinen Walzwerke) sind dem Tode geweiht; nur die letzteren (gemischte Werke) haben noch Daseins-Berechtigung! Die gemischten Werke bilden ein Syndikat nur für Halbzeug, d. h. für unfertige Ware. So lange das Stabeisen, der Hauptabsatz der Hütten, nicht kontingentiert ist (soll wohl heißen „syndiziert“ ist), werden die gemischten Werke dieses immer billiger herstellen können, als die reinen, und bieten damit überlegen sein.“ Für die einheimischen, Fertigeisen im Inland liefernden Werke liegt die Sache also so, daß sie auf die Rohstoffe Zollschutzsteuer zahlen müssen, während es ihnen, weil sie nicht syndiziert sind, nicht möglich ist, für sich den Zollschutz auszunutzen. Wo ist da ein Ausgleich?!

Nun könnte man ja das Fertiggewerbe auf den Ausweg der Syndizierung verweisen. Ja, Rücken! Bestrebungen in dieser Richtung liegen genügend vor, haben aber keine Aussicht auf Erfolg, weil zu dem Fertiggewerbe eben auch die gemischten Werke gehören und diese, die Anhänger der Syndikatspolitik, hintertreiben immer wieder die Syndizierung, um ihren Syndikaten so über die Leichen der reinen Werke hinweg den Weg der Alleinherrschaft auf dem ausschlaggebenden Gebiete des Eisenmarktes zu sichern!

Das ist das Ziel! Und zu seiner Erreichung erscheint jedes Mittel recht. In diesem Sinne ist auch das Bestreben aufzufassen, dem Vorgehen einen breiteren Hintergrund zu geben durch internationale Abmachungen, wie sie insbesondere der Stahlwerksverband getroffen hat und bei denen es sich vor allem um die Regelung der Preisfrage und des Absatzgebietes handelt. Auch bei diesen internationalen Abmachungen herrscht augenblicklich der Zweck vor, überall den Wettbewerb der lediglich weiterverarbeitenden Gewerbe künstlich zu unterdrücken, um dann mit Hilfe der bewundernswerten Organisationen und unter schrankenloser Ausnutzung der Schutz zolle nach Willkür schalten und walten zu können.“ Wir schließen uns rückhaltlos der in dieser Angelegenheit mit erregtester Energie vorgehenden „Röln. Volksztg.“ an, indem wir mit ihr die Forderung erheben: „Sollen die gefennzeichneten, überaus schädlichen Wirkungen des Vorgehens der Verbände beseitigt werden, so wird nichts anderes übrig bleiben, als durch ein scharfes Kartellgesetz den Syndikaten die Flügel zu beschneiden. Insbesondere dürfen internationale Abmachungen irgendwelcher Art ohne Genehmigung des Staates nicht getroffen werden. Am allernötigsten aber ist es, den Zoll auf Roh- und Halbstoffe aufzuheben, der zum Schutz des heimischen Großgewerbes seine Schuldigkeit längst getan hat und heute nur noch mißbraucht wird. Der Staat darf keinen Staat im Staate dulden, der sich anmaßt, die

schaffliche Entwicklung lediglich im Interesse seiner selbstsüchtigen Interessen erzwingen zu wollen.“
Hoffen wir denn, daß der eingangs erwähnte Zusammenschluß der Verbraucher zu einem möglichst umfassenden sich gestalte, damit vor allen Dingen einmal die Regierung ihre mysteriöse Haltung abzuliegen gezwungen werde. Vom Arbeiterstandpunkt aus richten wir an alle sich „arbeiterfreundlich“ nennenden Parteien den dringenden Appell, sich der Sache der wirtschaftlich Bedrängten anzunehmen. Hier bietet sich eine selten günstige Gelegenheit, sich auch in arbeiterfreundlichem Sinne zu betätigen!

Werkspensionskassen.

Durch die bekannten Prozesse gegen die Werkspensionskassen auf Zurückzahlung der eingezahlten Beiträge ist die Frage öffentlich akut geworden und ist, wie schon in Nr. 19 dieser Zeitung kurz mitgeteilt wurde, auch schon im Reichstage zur Sprache gekommen. Es kann nunmehr als feststehend betrachtet werden, daß sich die Gesetzgebung weiter mit dieser Angelegenheit beschäftigen muß und die arbeiterfreundlichen Parteien werden nicht locker lassen, bis die Arbeiter vor diesen sogenannten „Wohlfahrts“-Einrichtungen geschützt sind. Nachdem die Urteile der Landgerichte in Essen und Gleve in dieser Angelegenheit zu Ungunsten der Arbeiter entschieden haben, bleibt eben kein anderer Weg als eine gesetzliche Regelung der brennend gewordenen Frage übrig. Auf die genannten Gerichts-Urteile und ihre Begründung brauchen wir hier nicht näher einzugehen, da sie im „Deutschen Metallarbeiter“ schon ausführlich (s. Nr. 8 u. 21) besprochen wurden.

Aber trotz der für die Arbeiter ungünstigen Entscheidung werden auch diese Gerichtsurteile ihr gutes Folgen haben. Sie haben gezeigt, wie unhaltbar die heutigen Zustände im Pensionistenwesen sind, und mit Genugtuung können wir verzeichnen, daß die Bewegung zu einer Reform jetzt angebahnt ist. Dazu haben auch zweifellos die Debatten im deutschen Reichstage beigetragen.

Die Gelegenheit dazu bot sich bei der Beratung des Gesetzes über den privaten Versicherungsvertrag. Schon bei der Kommissionsberatung dieses Gesetzes wurde von unserem Kollegen Giesberts die Frage der Werkspensionskassen angeschnitten. Die Vertreter der Regierung mußten zwar zugeben, daß Mißstände bestanden, erklärten jedoch die Regelung der Frage im Rahmen des Versicherungsvertragsgesetzes nicht für möglich, da es sich nicht bloß um ein Versicherungsverhältnis handle, sondern auch um ein Arbeitsverhältnis. Trotzdem nahm die Kommission eine Resolution an, in der sie die Regierung aufforderte, einen Gesetzentwurf baldmöglichst vorzulegen, welcher die Rechtsverhältnisse der Werkspensionskassen regelt. Die Resolution hatte an die Zustimmung des Reichstages gefunden. Abgelehnt wurde dagegen ein sozialdemokratischer Antrag, der in seiner ganzen Gestaltung höchst ungewöhnlich erschien. Bei der Beratung im Reichstage ist dann die Sache sowohl von unserm Kollegen Giesberts, wie auch von sozialdemokratischer Seite angeschnitten worden. Die Erklärung des Staatssekretärs läßt erkennen, daß die Regierung selbst von der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes überzeugt ist. Der Staatssekretär erklärt unter anderem:

„Es ist eine unter allen Umständen schwerwiegende Tatsache, die sich auf der Aufmerksamkeit der Regierung nicht entziehen kann, daß die Einrichtungen dieser Werkspensionskassen und die Handhabung ihrer Verwaltung gegenüber den Arbeitern in neuerer Zeit vielfach Unzufriedenheit und Mißstimmung erregt haben. Nicht immer mit Recht, denn die Einrichtungen der Kassen und die Voraussetzungen ihrer Tätigkeit sind von den Arbeitern und denjenigen, die die Arbeiterstimme in dieser Richtung zu beeinflussen pflegen, vielfach nicht richtig verstanden worden. Aber die Tatsache allein, daß, wenngleich aus mißverständlicher Auffassung heraus, auf diesem Gebiete Bestimmungen in den Arbeiterkreisen entstanden sind, hat der Regierung sehr wohl Veranlassung geben können, sich mit der Frage zu befassen, wie den sich daraus ergebenden Gefahren entgegengetreten werden könnte.“

Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete wurzeln im wesentlichen darin, daß es sich hier um Einrichtungen handelt, die zu einem großen Teil Wohlfahrts-Einrichtungen sind und nur in gewissen Beziehungen Versicherungs-Einrichtungen darstellen. Das eigentümliche Gemisch, das sich daraus ergibt, bringt die Schwierigkeiten mit sich. Die Tatsache, daß die Werkunternehmer, ohne irgend eine spekulative Absicht erhebliche Summen aus ihrem Vermögen diesen Kassen zuzuführen, zeigt von vornherein, daß es sich wenigstens zum Teil um Wohlfahrts-Einrichtungen handelt. Das Krupp'sche Unternehmen, dessen Kassen-Einrichtungen vorhin hier so kritisch beleuchtet wurden, zum Teil mit Unrecht, die tatsächlich nicht zutreffend sind, auf deren Wichtigkeit ich mich aber in diesem Augenblick nicht einzulassen laun — das Krupp'sche Unternehmen, meine Herren, hat nach den 22 vorliegenden statistischen Mitteilungen in den letzten 20 Jahren den Kassen der Arbeiter, die in seinen Werken beschäftigt sind, 16 Millionen Mark zugeführt. Das ist natürlich keine Versicherungsleistung, keine spekulative Anlage in einem Versicherungsunternehmen, das ist in der Hauptsache eine wohlthätige Zuwendung, die von Seiten der Werkbesitzer zugunsten der Arbeiter gemacht worden ist. Das muß man berücksichtigen, wenn man zu einer unbefangenen Beurteilung dieser Kassen-Einrichtungen kommen will, und ich glaube, daß die beiden Herren, die vor mir gesprochen haben, nicht der erste Redner, geschweige denn der letzte in diesem Punkte den Verhältnissen vollständig gerecht geworden sind.

Nun, meine Herren, habe ich schon gesagt, daß diese Verhältnisse die Aufmerksamkeit der Regierung beschärfen müssen. Und in der Tat ist man nicht bloß in der Landesverwaltung, sondern auch in der Reichsverwaltung mit den Fragen befaßt, die sich daran knüpfen, vor allem wie hier den zum Teil durchaus billigen Erwartungen der Arbeiter entgegen zu kommen wäre.

Meine Herren, der Herr Staatssekretär des Innern hat diese Sache vor einiger Zeit aufgenommen. Er hat sich darüber mit der preussischen Regierung in Verbindung gesetzt, und ich glaube, wir dürfen abwarten, was aus diesen Verständigungsversuchen hervorgehen wird. Sie werden, sobald sie abgeschlossen sind, voraussichtlich weiter zu Unterhandlungen mit den übrigen Regierungen führen, und ich zweifle nicht, daß dann auch der Boden gefunden wird, um zu einer befriedigenden Regelung zu kommen. In diesem Augenblick, meine Herren, angesichts des Mangels allen ausreichenden Materials, um die Verhältnisse erschöpfend zu beurteilen, ist nach meiner Auffassung die, wie ich glaube, der Herr Staatssekretär des Innern teilen wird, der Zeitpunkt noch nicht gekommen, um eine Regelung vorzunehmen und ich verstehe es deshalb vollständig, daß die Kommission des Reichstages, die sich mit unserer Vorlage befaßt hat, sich zunächst darauf beschränkt hat, eine Resolution zu beschließen, welche die besondere Aufmerksamkeit der Regierung für dieses Gebiet fordert.

Aus dieser Erklärung geht die Bereitwilligkeit der Regierung hervor, an die Regelung der Frage heranzutreten. Der Staatssekretär stellt ferner in Aussicht, daß auf Grund des Gesetzes über den Versicherungsvertrag auch die Werkspensionskassen in eine Revision ihrer Statuten einzutreten gezwungen seien. Das Rücksichts-

amt für Privatversicherung wird die Gelegenheit wahrnehmen um eventuelle Mißverständnisse zu beseitigen. Außerdem wird die Frage in der nächsten Reichstags-Session neu aufgerollt werden. Abgeordneter Dietrich von der Reichspartei, welcher die Pensionisten vertritt, hat eine solche Beprechung in Aussicht gestellt, und die Arbeitervertreter im Reichstage werden die Gelegenheit wahrnehmen um die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände an Hand eines reichhaltigen Materials nachzuweisen.

Bei den Werkspensionskassen handelt es sich bekanntlich um Wohlfahrts-Einrichtungen, wenigstens wollen die Vertreter der Werke den Kassen diesen Charakter absolut gewahrt wissen. Gut gemeinte Wohlfahrts-Einrichtungen sollten aber nicht mit Härten für die Arbeiter belastet werden, welche bei ihnen die Wertschätzung der Einrichtung herabmindert, ja direkt ins Gegenteil verkehrt. Der Grundgedanke bei den Werkspensionskassen mag bei der Gründung ein durchaus anderer gewesen sein. Der Arbeiter, der in anstrengender harter Arbeit frühzeitig seine Kraft verliert, soll neben der staatlichen Invalidenpension noch eine Werkspension erhalten.

Zu diesem Zwecke haben manche Unternehmer große Summen zur Gründung der Pensionisten gestiftet. Dem Ganzen liegt der Gedanke Werksolidarität zu Grunde: die alte patriarchalische Auffassung, daß die Arbeiter eines Werkes mit ihrem Arbeitgeber eine Gemeinschaft bilden, innerhalb der gegenseitige Fürsorge für die Wechsellälle des Lebens Platz greifen soll. Dieser edle Gedanke ist jedoch in der Gegenwart vollständig verwischt. Die Werkspensionskassen enthalten heute so viele Härten, daß der alte Zweck völlig verunkelt wird. Die Voraussetzungen sind eben ganz andere geworden. Die Härten bei den Werkspensionskassen sind kurz folgende:

Auf Grund des § 117 der Gewerbeordnung können die Arbeitgeber für Wohlfahrts-Einrichtungen Lohnnebelastungen vornehmen. Infolgedessen werden die Arbeiter zu bestimmten Beiträgen für die Werkskasse herangezogen. Im Durchschnitt betragen dieselben 2—3% des Lohnes. Den gleichen Anteil zahlt der Arbeitgeber. So ist es wenigstens gehalten in der bedeutendsten Werkspensionskasse bei Krupp. Außerdem werden namhafte Eintrittsgelder erhoben. Der Arbeiter, welcher auf solchen Werken Beschäftigung haben will, ist gezwungen, Mitglied der Kasse zu werden. Wir finden hier also eine direkte Verbindung von einem Arbeitsverhältnis und einem Versicherungsvertrage. Die Verteidiger der Werkspensionskassen machen demgegenüber geltend, daß kein Arbeiter gezwungen sei, Beschäftigung bei Werken zu nehmen, in denen die Verpflichtung des Beitritts zu einer Kasse anverlegt wird. Das ist ein wenig stichhaltiges Argument. Die Verhältnisse zwingen den Arbeiter, unter allen Umständen dort Beschäftigung zu nehmen, wo er sie gerade findet. Er muß infolge seiner Armut als Regel manche Unannehmlichkeiten gegen seinen Willen in Kauf nehmen, und so läßt er sich unter anderem den Beitrittszwang der Pensionskasse gefallen weil er eben muß. Hier liegt der kritische Punkt, der in den Prozessen die Hauptrolle spielte: die Frage, ob ein solches Zwangsverhältnis mit den guten Sitten zu vereinbaren ist.

Wielbegehrte Metallarbeiter.

Die häufige Redensart von der „guten, alten Zeit“ ist eigentlich nur eine leere Phrasie, die geschichtlich nicht in dem allgemeinen Sinne haltbar ist. Tatsache ist vielmehr, daß die Neuzeit und Gegenwart für das arbeitende Volk im allgemeinen besser und lebenswerter ist wie die Vergangenheit und der Arbeiterstand von heute hat wenig Ursache, sich nach den Fleischtöpfen seiner Vorfahren und Urahnen zurückzulehnen. Aber nur im allgemeinen, wie vorhin ausdrücklich betont.

Gewiß hat es in einer ganzen Anzahl von Gewerben, speziell Handwerkerberufen, früher goldene Zeiten gegeben, mit denen die heutigen einen Vergleich nicht gut aushalten können. Ein solches Gewerbe waren die Waffenschmiede und unter dieser Kunst erfreuten sich eines Welt Ruhmes die

Solinger Klingenschmiede,

von denen nachfolgend die Rede sein soll. Die bergische Stahlwarenindustrie hatte schon in früheren Jahrhunderten eine internationale Bedeutung erlangt. Besonders waren es die „Solinger Klingen“, die ihren Ruf in aller Herren Länder verbreiteten. Die krieglustigen und kampfsüchtigen Zeiten des 17. und 18. Jahrhunderts erforderten selbstverständlich auch große Mengen stählerner Mordwaffen und es war sehr natürlich, daß die ausländischen Regenten und Kriegsherren die Solinger Waffenschmiedekunst in ihre Länder verpflanzen wollten. Die Solinger Waffenschmiede aber betrachteten ihre Kunst als Geheimnis und waren nicht leicht zu bewegen, diese preiszugeben und andern Staaten darin behilflich zu sein. Unter solchen Umständen und Verhältnissen

gen gelang es aber doch einigen Herrschern der damaligen Zeit, eine Anzahl der Solinger Waffenschmiede zur Auswanderung zu bewegen. Aus den Werken der bergischen Geschichtschreiber von Steinen, Rohu und Aidenberg werden in einem Aufsatz der „Athen. Weis. Ztg.“, Unterhaltungsbeilage Nr. 353, über diese Auswanderung Solinger Klingenschmiede interessante Mitteilungen gemacht.

Es war im Jahre 1661, als der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg einen Kontrakt mit einigen Solinger Klingenschmieden schloß und ihnen in der Grafschaft Marl, zu Elpe bei Hagen, 8 Wohnungen mit Gärten, Ländereien und Holzungen, 10 Schmiedehütten, Schmelzöfen und 1 Stahlgammer einräumte und auf seine Kosten bauen ließ. Ihre im Jahre 1664 erhaltenen Privilegien enthielten u. a. ungenügte Uebung der reformierten Religion. Die besten Kohlen standen ihnen vorab zu dem billigsten Preis zu Diensten. Sie durften zwei tüchtige „bequeme“ Personen erwählen, welche ihre Streitigkeiten beilegen sollten.

Wenn die Solinger durch diese erste Auswanderung einigen Abbruch erlitten, so konnten sie sich doch bald trösten; ihre Klingen blieben immer die vorzüglichsten und beliebtesten. Zu Elpe wurden einige Jahrzehnte später gar keine feine Arbeiten mehr gefertigt, aber desto mehr gewöhnliche Waren, wie Sack- und Dullhauer, Messer usw. Die feine Arbeit verminderte sich mit Ende des siebenjährigen Krieges. Im Laufe desselben wurden ungeheure Mengen für die Verbündeten ausgeführt. Die bessere Arbeit hörte völlig auf, als durch ein Edikt des letzten Königs von Polen allen Ständen, außer dem Adel, das Tragen von Seitenbewehren untersagt wurde.

Das märkische Stablisement gebar die Fabrik zu Spandau, aus welcher König Friedrich Wilhelm I., um 100 sächsische Ruffen zu erhalten, zwölf Arbeiter — vier von jenen Klingenschmieden wurden zu Elpe (1713) weagenommen — auf einige Jahre hingah, in der Absicht, die Fabrik zu Tula zu gründen. Auch einige Senierschmiede von der Enneperstraße mußten auf 6 Jahre die Wanderung nach Rußland antreten. Als ihre Zeit vorüber war und sie sich auf ihrem Rückwege in Petersburg befanden, wurden sie von der Kaiserin in eigener Person auf weitere 6 Jahre engagiert, und zwar gegen einen Wochenlohn von 12 Dukaten an die Person. Sie forderten dies und erhielten es ganz gegen Erwarten.

Noch ehe diese abermalige Frist völlig verstrichen war, gingen sie Verbündlichkeiten mit dem gerade damals in Rußland anwesenden preussischen Gesandten ein. Die Kaiserin ließ sie deshalb verhaften, nach Schlüsselburg führen und von dort nach ihrer Heimat zurück bringen. Als der Anführer jener Klingenschmiede nach Spandau zurück kam — so erzählt man in Solingen — frug ihn der König: hast du die Ruffen klug gemacht? worauf jener erwiderte: nicht weiter als nötig. — Du bist ein braver Kerl! sagte Friedrich Wilhelm.

König Gustav III. von Schweden ruhte nicht, bis er sich einer Anzahl dieser, seinem Reiche so notwendigen Schmiede versichert hatte, wozu er sich Waldströms bediente. Dieser, welcher in den Jahren 1772—1774 zweimal als Emissär und Versüherer in Solingen ertappt wurde, erreichte endlich doch seinen Zweck und zog eine ganze Kolonie Solinger Klingenschmiede nach dem eisenreichen Schweden, wo sie sich in Eskilstuna niederließen. Ein bergischer, mit Stahl- und Eisenarbeiten genau befaßter Reisender lobte im Jahre 1801 in einer Schrift

Wie zunaehende Umstände den Arbeiter veranlassen, das Arbeitsverhältnis einzugehen mit der Verpflichtung, der Pensionskasse beizutreten, sind es besondere Verhältnisse, welche ihn bewegen die Arbeit zu verlassen. Verläßt der Arbeiter das Arbeitsverhältnis, so werden ihm seine Beiträge nicht zurückerstattet und er verliert seine sämtlichen Ansprüche an die Kasse. Auch diesem ungerechten Zustand gegenüber machen die Vertreter der Pensionskasse geltend, daß zum weitaus größten Teil die Arbeiter freiwillig das Arbeitsverhältnis lösen. Das ist auf keinen Fall richtig. Ein Auscheiden aus dem Betrieb auf Wunsch des Arbeiters ist nicht immer ein freiwilliges Auscheiden.

Es gibt hundertlei Gründe, die dem Arbeiter das Verbleiben in einem Betrieb unmöglich machen können. Es sei hier nur genannt die schlechte Behandlung und Schikanerung seitens der Vorgesetzten, Zurücksetzung in der Arbeit, schlechte Aussicht zu besserer Arbeit zu gelangen, vor allen Dingen aber bei der schweren Eisenindustrie Rücksicht auf die körperlichen Kräfte. Wir sind überzeugt, daß gerade in dem letzteren Industriezweige zahlreiche Arbeiter ausscheiden, weil sie das Gefühl haben, daß ihr Körper und die Gesundheit der schweren aufreibenden Arbeit nicht gewachsen ist. Gewiß mag auch, bei guten Konjunktoren, ein gar zu leichtfertiges Wechseln der Arbeit vorkommen, allgemein darf das jedoch nicht angenommen werden. Es gibt außer dem genannten Umstand noch viele andere Momente, die den Arbeiter bewegen können, freiwillig das Arbeitsverhältnis zu lösen: Rücksicht auf Familienverhältnisse usw. Darin liegt das größte Unrecht, daß man diesen Arbeitern nicht bloß keine Beiträge zur Rückzahlung, sondern daß sie jeder Anwartschaft auf die Leistungen der Kasse verlustig gehen. Noch schlimmer liegt allerdings die Sache bei den Entlassungen, die von den Arbeitgebern selbst vorgenommen werden.

In der Klageschrift der Firma Krupp an das Essener Landgericht, die sie selbst durch ihren Rechtsvertreter eingereicht hat, stellt sie folgendes fest: Es arbeiteten im Jahre 1906 in der Gussstahlfabrik 32 648 Mann; von diesen gelangten zur Entlassung 14 340, und zwar wurden entlassen auf eigene Veranlassung durch Kündigung, auch durch Kontraktbruch, durch Eintritt zum Militär usw. 12 594. Aus eigener Initiative der Firma sind entlassen worden 1419 Arbeiter von den freiwillig ausgeschiedenen waren 78% bis zu einem Jahr beschäftigt, 96% von 1 bis 5 Jahren, also eine erheblich lange Zeit; von den anderen, die die Firma entlassen hat, waren 67% bis zu einem Jahre tätig, 93% bis zu 5 Jahren. Also der Arbeiterwechsel ist ein ziemlich starker, und dabei gilt die Firma Krupp noch immer unter den gleichartigen Werken als die beste Arbeitgeberin im Ruhrgebiet; aber es liegt in der Natur der Sache, nach dem eine größere Arbeitslosigkeit für die gleichmäßig beschäftigten Arbeiter im Ruhrgebiet geboten ist, wechseln die Arbeiter häufiger, und ich meine es ist ein Unrecht, wenn man einem Arbeiter, der in einer Fabrik solange seine Beiträge gezahlt hat, jede Möglichkeit nimmt, die Versicherung aufrecht zu erhalten, und daß ihm auch seine Beiträge erstattet werden.

Die Folge dieses Systems ist, daß die Pensionskassen wesentlich existieren auf Grund der verfallenen

die Klagen von Golling, sowohl auf innere Güte, als auf äußere Schönheit.

Der spanische Minister Florida Bianca war im Jahre 1780 in Solingen, jedenfalls auch zu dem Zwecke, Solinger Schmiede für sein Land anzuwerben. Spanien hatte sich von Frankreich verliert lassen, der Säbelfabrik von Toledo ein Monopol zu geben. Trotzdem wurde nach Solinger Klagen nach wie vor in diesen beiden Ländern stark gesägt. Die Generale und Offiziere der „großen Nation“ hatten während ihres Aufenthaltes am Niederrhein keine größere Sorge, als die, sich mit möglichst schönen Klagen von Solinger Arbeit zu versehen.

Im Jahre 1796 wanderte eine Kolonie bergischer Eisenarbeiter in die Gegend von Tanzia, wo sie, auf königl. Kosten, am sog. Silberhammer etabliert wurde. Ein anderer Trupp von, ein Jahr später, nach Lothringen. Hier war es eine Privatunternehmung, welche aber nicht besonders glücklich abkam. Um dieselbe Zeit wanderten, nämlich gerechnet, 900—1000 Personen aus dem bergischen Industriebezirk nach Nordamerika. Unter dieser Zahl befanden sich gegen 300 Eisenarbeiter, zum Teil sehr geschickte Meister aus Solingen. Viele kamen gar nicht an den Ort ihrer Bestimmung, und von denen, welche ihn erreichten, alldie es nur wenigen, ein Unterkommen zu finden, wie sie es erwartet hatten.

Heute sind die Solinger Stahlwarenarbeiter nicht mehr solche vielbegehrten Leute, wie es überhaupt heute keine Metallarbeiter mehr gibt, um die sich Könige und Kaiser bemühen. Gegenwärtig sind es andere Waffenschmiede (Krupp, Ehrhardt), welche diesen Ruhm für sich in Anspruch nehmen.

Beiträge. Infolgedessen kommen auch die Pensionäre nach einer verhältnismäßig geringen Beitragsleistung in den Genuss ihrer Pension. Bei Krupp betrug 1906 die Beitragsquote der pensionierten Arbeiter 425—625 Mk., die Höhe der Pension betrug im Durchschnitt 1906: 110 Pensionäre in der Summe von 300—450 Mk.; 365 in der Höhe von 450—720 Mk.; 568 in der Höhe von 720—900 Mk.; 463 in der Höhe von 900—1500 Mk.

Von der Rückzahlung der Beiträge befürchtet man nun, und ist auch von den Vertretern der Regierung wiederholt betont worden, daß damit die Existenz der Kassen erschüttert würde. Bei gleichbleibenden Beiträgen würde das allerdings Fall sein, und es bleibt eben im gegebenen Falle nichts anderes übrig, als die Beiträge von Arbeitern und Arbeitgebern so zu erhöhen, daß eine angemessene Rückzahlung der Beiträge stattfinden kann. Niemand verlangt die volle Rückzahlung der Beiträge. Der Prozentsatz der Rückzahlung kann ohne Schwierigkeit festgesetzt werden. Kurz und gut, bei gutem Willen können die heutigen Härten der Werkpensionskassen sehr wohl beseitigt werden, um so mehr, als die Werke, um die es sich handelt, meist außerordentlich hohe Gewinne erzielen und sie einen größeren Zuschuß zur Pensionskasse sehr wohl vertragen können, wenn es ihnen ernst ist um den Ausbau dieser Wohlfahrtsanrichtung.

Der Stein ist nunmehr ins Rollen gebracht, und die Frage wird nicht von der Tagesordnung verschwinden bis sie in befriedigender Weise gelöst ist. Unser christlicher Metallarbeiterverband hat wiederholt entschieden Stellung genommen zu den Werkpensionskassen. Er wird fortfahren sein Material zu sammeln und die gesetzgebenden Instanzen immer wieder auf die Unhaltbarkeit der Zustände hinweisen. Die Hauptaktion wird jedoch im Reichstage liegen, wo unsere Vertreter im nächsten Jahre erneut diesen Gegenstand aufgreifen und zur Erörterung bringen werden. Inzwischen wird auch die Regierung ihr Material gesammelt haben und bestimmtere Angaben machen können über eine zweckmäßige Reform der Pensionskassenfrage.

Das Reichsversicherungsamt im Jahre 1907.

Wer ohne parteipolitische Leidenschaft jemals den Jahresbericht des Reichsversicherungsamtes verfolgt, kann sich sicherlich nicht des Eindrucks erwehren, daß mit der Arbeiterversicherungsgesetzgebung Deutschlands Volksvertretung und Regierung einen sozialen Monumentalbau geschaffen. Mehr und mehr zeigen uns diese Berichte den großen Nutzen und Segen der aus dieser Institution nicht nur für den Arbeiterstand, sondern auch für unser deutsches Erwerbsleben und das gesamte Leben der Nation alljährlich fließt. Zahlen beweisen! sagt ein alter Lehrsatz und in diesem Falle trifft es hervorragend zu. Ueberreich ist das Gebiet, auf dem sich die Tätigkeit des Reichsversicherungsamtes abspielt und man darf sagen, überall begegnen wir in dem Berichte dem Bestreben, seiner großen und tief einschneidenden Aufgabe gerecht zu werden.

In der Unfallversicherung wendet das Amt schon seit Jahren besonderes Augenmerk der Unfallverhütung und der Aufklärungsarbeit im Volke zu. Wie wichtig diese Tätigkeit ist, geht zur Genüge aus der ganzen Entwicklung dieser sozialen Einrichtung hervor. Es muß daher begrüßt werden, daß es den fortwährenden Bemühungen desselben bereits gelungen ist, sämtliche gewerbliche Berufsgenossenschaften zur Herausgabe von Unfallverhütungsvorschriften veranlassen zu haben. Selbst die land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die lange Zeit die Ansicht sehr hartnäckig vertraten, daß die „Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes und dessen Verhältnisse die angestrebte Regelung nicht ermöglichen,“ lassen sich allmählich eines besseren belehren; denn nur vier derselben in Preußen entbehren solcher Vorschriften, als überaus wichtig muß wohl die weitere Einrichtung bezeichnet werden, wonach von Zeit zu Zeit im Reichsversicherungsamt von besonders angesehenen hervorragenden Ärzten Vorträge gehalten werden, um die Besucher desselben mit den neuesten Ergebnissen der medizinischen Versicherungswissenschaft vertraut zu machen. In den amtlichen Nachrichten werden jetzt regelmäßig Obergutachten veröffentlicht, deren Studium insbesondere den Beamten in der Arbeiterbewegung nicht genug empfohlen werden kann.

Die Zahl der Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden beträgt im Berichtsjahre 649, mit fast 21 Millionen Versicherten. An Unfällen wurden im Jahre 1907 663,053 zur Anmeldung gebracht, was eine Zunahme an Unfällen von 17,470 gegen das Vorjahr bedeutet. Zur erstmaligen Entschädigung gelangten im Berichtsjahre 144 410 Unfälle gegen 139 726 im Jahre 1906 also ein Mehr von 4684. Auch die Zahl der Rentenempfänger ist ziemlich in die Höhe gegangen und beträgt zur Zeit 1,124,874 Personen. Nachdem in diesem Jahre nahezu 151 Millionen Mark an Renten für Verletzte und die Angehörigen von Getöteten bezahlt wurden, so ergibt sich auf den Kopf der Rentenempfänger ein Jahresdurchschnitt von 134 Mark gegen 131 Mark im Vorjahre. Ungemein inter-

sant ist die Entwicklung der Leistungen auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes. Waren im Jahre 1895 die Leistungen nur wenig über 50 Millionen Mark, so hatten sie doch im Jahre 1903 das erste Hundert Millionen erreicht, sich also innerhalb 6 Jahren verdoppelt und in 12 Jahren verdreifacht. Erreicht wurde mehr als sich immer mehr die Fälle, in denen die Berufsgenossenschaften schon innerhalb der ersten dreizehn Wochen das Verfahren übernehmen, wodurch im Interesse der Verletzten viel günstigere Erfolgserfolge erzielt werden. Für diesen Zweck ergab sich ein Kostenaufwand von über 1/4 Millionen Mark.

Was das Streitverfahren anlangt, in welchem das Reichsversicherungsamt die oberste Spruchinstanz bildet, so ergibt sich eine sehr starke Belastung der einzelnen Instanzen. Von 417,957 berufsfähigen Beschädigten wurden, einschließlich des Antragsverfahrens, 92,007 im Berufungsverfahren angefochten. Der größte Prozentsatz entfällt auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften, nämlich 66 1/4 Prozent, der übrige Teil auf die Land- und Forstwirtschaft. Eine wesentliche Minderung derselben dürfte wohl zu erwarten sein, wenn Arbeiter bei der Rentenfestsetzung zugezogen würden. Nur 20,47 Prozent der von den Verletzten eingeleiteten Berufungen hatte Erfolg. Wenn die Zahl der eingeleiteten Rekurse auch gegen das Vorjahr um 34 zurückgegangen ist, ergibt sich immer noch, daß ein Fünftel sämtlicher Schiedsgerichtsurteile im Rekurs angefochten wurden. Diese ungemein starke Belastung des Reichsversicherungsamtes bildet mit dem Grund, daß Fälle heute monatelang nicht entschieden werden können. Es läßt sich die Befürchtung nicht von der Hand weisen, daß auch die Gründlichkeit der Behandlung in einzelnen Fällen, zum Nachteil der Verletzten, wesentlich darunter leidet. Auch die Arbeiterjahre hat, soweit es an ihr liegt, gewiß allen Grund, an der Beseitigung dieses ungesunden Zustandes mitzuwirken. Gegenüber dem Vorjahre (1906) hatten die Verletzten, sowohl im Verfahren vor den Schiedsgerichten, als auch im Rekursverfahren, einen geringen Aufschwung in ihren Erfolgen zu verzeichnen.

Insbesondere der Invalidenversicherung ist hervorzuheben, daß dieser Zweig der Arbeiterfürsorge sich so entwickelt hat, daß seit 1891 die Leistungen dieses Gesetzes doppelt so vielen Personen zu gute gekommen sind, wie bei der Unfallversicherung. Seit Bestehen des Gesetzes wurden an 2 053 912 Personen Invaliden-, Alters- oder Krankenrenten gewährt und beträgt die Zahl der laufenden Renten am 1. Januar 1908 978 960. Die Leistungen der Invalidenversicherung belaufen sich von 1891 bis 1908 einschließlich der Beitragserstattungen, der Heilbehandlungskosten und der Invalidenhauspflege auf Mark 1 328 209 070. An jährlichen Renten werden verausgabt 172 Millionen Mark und ist das Vermögen der Versicherungsträger bereits auf 1400 Millionen Mk. angewachsen. Bedauerlicherweise muß konstatiert werden, daß auch im Jahre 1907 an Beitragserstattungen die ungemein hohe Summe von 1 602 544 Mk. an Frauen bei deren Verheiratung zur Auszahlung gelangte. Gerade in unseren Arbeiterinnen- und Dienstmädchenvereinen wird man dieses Kapitel der Beitragserstattung immer und immer wieder behandeln müssen, damit nicht Tausende derselben für eine Summe von vielleicht 30 bis 40 Mk. ihren begunneten Anspruch auf Invalidenrente preisgeben. Welch eine Summe von Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit durch die Heilbehandlung der Invalidenversicherung wieder zurückgewonnen und erhalten wurde, wird veranschaulicht durch die Tatsache, daß seit 1891 für Heilbehandlungskosten der Betrag von 9 042 673 Mark verausgabt wurde. Auch die Wohnungsfrage hat in ihrer Lösung durch die Invalidenversicherung im Berichtsjahre eine nicht zu unterschätzende Förderung erfahren, indem für die Errichtung von Arbeiterwohnungen die Summe von 7 161 183 Mark ausgeteilt wurde, seit Bestehen des Gesetzes die Summe von 195 752 982 Mark.

Was die Zahl der Berufungen und Revisionen betrifft, so ist eine mäßige Minderung derselben zu verzeichnen, und beträgt bei den Berufungen nahezu 2 Prozent, bei den Revisionen fast 12 Prozent. Bei der Frage des Erfolges ergibt sich ein sehr bemerkenswerter Unterschied, wenn man in das Auge faßt, daß nur ein Drittel von den Revisionen der Versicherten von Erfolg begleitet war, während von den Revisionen der Versicherungsanstalten zwei Drittel durchbrangen, obwohl dieselben von dem Revisionsmittel viel seltener Gebrauch machen.

Auffällig ist die im Berichte angeführte Tatsache, daß so viele unerledigt gebliebenen Fälle in das neue Berichtsjahr hinübergenommen werden mußten, die mindestens ein halbes Jahr zu ihrer Erledigung beanspruchen dürften. „Arbeiter“-München.

Warum gibt es keine christlichen Unternehmerverbände?

Die sozialdemokratischen Agitatoren wollen die Ueberflüssigkeit der christlichen Gewerkschaften mit der abgedroschenen Phrase beweisen, daß es auch keine christlichen Unternehmerverbände gäbe; die seien sich einig, ob Jude oder Katholik, ob Protestant oder Heide, ob Christ oder Materialist, sie dächten nicht an

eine Zerspaltung. Selbst der sozialdemokr. Führer Nebel empfahl seinen Genossen auf dem letzten Parteitag in Essen dieses Agitationsmittel gegen die christlichen Gewerkschaften. „Das müßt Ihr den christlichen Arbeitern aneinanderlegen“ rief Nebel seinen Genossen zu, „und es müßt mit dem Teufel zugehen, wenn das seine Wirkung verfehlen sollte.“

Diesen Rat hat auch ein sozialdemokratischer Agitator in einer Versammlung in Pöngberg am 17. Mai d. J. befolgt und auf diese in die Form einer Frage gekleidete Phrase soll ein christlicher Gewerkschaftler dann geantwortet haben: „Die Unternehmer sind nicht so dumm, wie die Arbeiter“. Darüber sind die Genossen hocherfreut gewesen, wie die sozialdem. Presse berichtet und die soziald. „Bergarbeiter-Zeitung“ Nr. 22, schlägt Purzelbäume vor Bergknäulen über diesen Ausspruch.

Ob die Genossen nicht merken, daß sie sich selbst auslachen, denn diese Antwort, — angenommen, daß die roten Papiere nicht flunkern —, stimmt ganz genau, nur muß der Satz durch einige Wörter ergänzt werden, sodaß er lautet: „Die atheïstischen Unternehmer sind nicht so dumm, wie die atheïstischen (sozialdemokratischen) Arbeiter, daß sie die Andersdenkenden von sich abstoßen und ein Zusammenarbeiten unmöglich machen.“ Wer sich nur oberflächlich mit der Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung vertraut gemacht hat, der weiß, wie gefährlich die Auswerfung und Beantwortung dieser Frage gerade für die sozialdemokratischen Gewerkschaften sein muß. Denn sie allein und nicht etwa die christlichen Gewerkschaften tragen die Schuld daran, daß sich die Arbeiterbewegung in Deutschland nicht einheitlich entwickelt hat, wie das mit den Unternehmerorganisationen der Fall ist. Die Unternehmerorganisationen in ihren verschiedensten Schattierungen, von den Aktien-gesellschaften, Syndikaten, bis zu den neuzeitlichen — im Gegensatz zu den Gewerkschaften entstandenen — Arbeitgeberverbänden, haben jeglichen Streit um Weltanschauungen aus ihren wirtschaftlichen Verbänden ferngehalten, sich insbesondere auf religiösem Gebiet der peinlichsten Neutralität befehligt. Dasselbe kann wohl von den Handwerkerorganisationen, Zünften, sowie Handelskammern usw. gesagt werden.

Die spezifisch geistlichen Arbeitgeber haben infolgedessen auch nicht die allergeringste Ursache, Sonderbestrebungen auf organisatorischem Gebiet zu hegen. Ihre christliche Weltanschauung ist ihre eigene persönliche und private Angelegenheit, wird von ihrer wirtschaftlichen Organisation nicht im geringsten angefaßt oder behelligt und politisch können sie dieser oder jener Partei angehören, ohne deshalb irgend welchen Angriffen oder einem Druck ausgesetzt zu sein. Bei dieser Haltung der Arbeitgeber-Organisationen ist natürlich eine christliche Sonderorganisation vollständig überflüssig. Selbstverständlich ist durch diese Einheit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeitgeber am besten gedient. — Würde eine solche neutrale Stellung auch von den zuerst bestehenden Arbeiterorganisationen beachtet worden sein, so wären keine christlichen Gewerkschaften notwendig geworden.

Leider ist dort aber das Gegenteil der Fall gewesen. Nachdem die freien Gewerkschaften ihre Bestrebungen mit der materialistischen Weltanschauung verquickt und sich in den Dienst der revolutionären und religionsfeindlichen Sozialdemokratie gestellt haben, waren die nichtsozialdemokratischen Arbeiter abgestoßen und zur Gründung von Sonderorganisationen gezwungen, wenn sie wirtschaftlich ihre Rechte durch das Mittel der Selbsthilfe vertreteten wollten. Kein anderer als Professor Sombart-Breslau, ein eifriger Verfechter der Einheitsidee, mußte dieses auf dem letzten christlichen Gewerkschaftskongreß offen eingestehen, im Gegensatz zu seinen früheren diesbezüglichen Ansichten.

In diesen Gründen liegt eben der Unterschied in der Organisationsbildung im Unternehmer- und Arbeiterlager. Eins dürfte sicher sein. Wenn es im Lager der Arbeitgeber eine Strömung geben würde, die der christlichen Weltanschauung den Kampf bis aufs Messer ansetzt und dazu die Organisation und deren Organe mißbrauchen würde, wenn ein Führer der Arbeitgeber den Ausspruch wagen würde, unsere Mitglieder sind antireligiös, weil sie vernünftige Menschen sind, wie dies Dergensoffe Legien, der erste Beamte der freien Gewerkschaften auf öffentlichem Kongreß zu erklären wagte, dann würde zweifellos auch im Unternehmerlager die Einheitlichkeit der Organisation in Frage gestellt und Sonderorganisationen unausbleiblich sein. Dafür sind die Arbeitgeber jedoch zu klug, die atheïstischen Arbeitgeber sind eben nicht so fanatisch dumm wie die atheïstischen Arbeiterführer im sozialdemokratischen Lager.

Daß aber auch im Lager der Unternehmer schon allein das Hineintragen parteipolitischer Bestrebungen zerspaltend wirken muß, zeigen die letzten Vorgänge, wo es schon wegen der geplanten Gründung einer neuen Arbeitgeberpartei zu ernstlichen Zerwürfnissen in den Unternehmer-Organisationen gekommen ist. (Siehe die Artikel in vorliegender Nummer: Aus dem Unternehmerlager. Red.) Wie viel heftiger würden die Gegensätze noch ausbrechen, wenn auch noch religiös-feindliche Tendenzen mit den parteipolitischen vermengt wären, wie es leider seitens der Sozialdemokratie stets geschehen und gegenwärtig mehr denn je gehandhabt wird.

Die Sozialdemokraten handeln sehr oberflächlich und unvorsichtig, wenn sie in der Agitation auf die Einheitsorganisation der Unternehmer als Vorbild für die Arbeiter hinweisen, um damit die christlichen Gewerkschaften zu bekämpfen. Mit diesem Hinweis versehen sie ihrer eigenen Richtung jedesmal eine schallende Ohrfeige. Und die „intelligenten“ Genossen in Pöngberg haben am 17. Mai tatsächlich über ihre eigene Dummheit gelacht. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie.

Stimmen zur Generalversammlung.

Die diesjährige Generalversammlung gibt befreilicherweise Anlaß zu lebhaften Erörterungen im Verbandsorgan. Die Hauptfrage dreht sich gegenwärtig um den Punkt: Beitragserhöhung, bezw. darum, ob für eine Beitragserhöhung auch eine Gegenleistung in Gestalt erhöhter Unterstützungen geboten werden soll.

In diesen Fragen teile ich vollständig den Standpunkt des Kollegen Kreil-Dortmund, den er in Nr. 22 des Organs zum Ausdruck gebracht hat: „Eine angemessene Beitragserhöhung, d. h. von 50 auf 60 Pfg., und dieselbe ohne weitere Gegenleistung nur zur Stärkung des Kampffonds zu verwenden.“

Ich habe häufig, gerade bei älteren Kollegen, es schon vielfach bedauern hören, daß die Unterstützungen in diesem Maßstabe eingeführt wurden; dies war kurz nach der letzten Generalversammlung, weil diese Kollegen im voraus ahnten, daß hierdurch ganz bedeutende Mittel absorbiert würden. Wenn sich hingegen hier und da Leute finden, welche höhere Unterstützungen beanspruchen, so fehlt es wohl an der nötigen Einsicht, oder aber es sind Leute, die „en nie zu zufrieden sind.“

Daß es sich die gegnerischen Verbände häufig angelegen sein lassen, mit möglichst hohen Unterstützungen zu prahlen, ist bekannt; und hier lasse ich auch gelten, was Kollege Kreil anführt, daß es für manche Ortsverwaltung zweckmäßig ist, in dieser Beziehung etwas über die satzungsgemäßen Unterstützungen hinauszugehen.

Selbstverständlich ist, daß eine Erhöhung der Unterstützungen, wo sie durch die lokalen Verhältnisse bedingt wird, auch aus lokalen Mitteln gedeckt bezw. aufgebracht werden muß.

Würden wir, wie der Vorschlag schon mehrmals aufgetaucht ist, den Prozentsatz für die Lokalkassen erhöhen, so würde die Beitragserhöhung zugunsten des Kampffonds ganz bedeutend reduziert. Ein Beispiel: Wir erhöhen von 50 auf 60 Pfg., macht für 52 Wochen 5,20 Mk. pro Mitglied. Wenn wir nun anstatt 15 Proz. den Lokalkassen 20 Proz. belassen, so würden dieselben anstatt 3,90 Mk. 6,24 Mk. pro Jahr und Mitglied abrechnen können. Die schwebende Beitragserhöhung von 5,20 Mk. zugunsten der Hauptkasse würde sich aber um 2,34 Mk. vermindern und in Wirklichkeit statt der genannten 5,20 Mk. nur 2,86 Mk. betragen. Deshalb bin ich gegen einen größeren Anteil der Lokalkassen. Lassen wir es bei den bisherigen 15 Prozent, die müssen genügen, wo vernünftig gewirtschaftet wird.

Ich kann mich auch nicht ganz der Ansicht verschließen, daß es nicht für alle Ortsverwaltungen besonders gut ist, wenn sie einen zu hohen Lokalkassenbestand auf so leichte Weise erhalten. Es gibt eben doch viele, die geben das Geld aus „bei Bewegungen und für Agitation“, aber auf ihre Art. — Andererseits haben manche Ortsgruppen es verstanden, bei dem gegenwärtigen Anteil der Lokalkassen sich einen ganz netten Kampffond zu sammeln. Außerdem steigt ja bei einer Erhöhung auf 60 Pfg. der Anteil der Lokalkassen ohnehin auf 4,68 Mk., also 78 Pfg. pro Jahr und Mitglied mehr als bisher.

Einige Worte noch zu der Anregung, die Beitragserhöhung schon vor der Generalversammlung durch den Zentralvorstand durchzuführen. Nach meiner Meinung wäre dies, bei vollster Würdigung aller Gründe nicht zu empfehlen. Ich bin ebenfalls der Ansicht, daß die letzte Generalversammlung den Zentralvorstand zu einem derartigen Schritt zwar ermächtigt hat, jedoch sprechen auch gewichtige Gründe dagegen. Und zwar nicht allein prinzipielle Bedenken, sondern in erster Linie auch die wirtschaftliche Krise, von der wir Metallarbeiter wieder besonders hart betroffen sind. Mögen auch die Verhältnisse im Winter und bei absteigender Konjunktur für die Einführung eines erhöhten Beitrages schwieriger sein, so wollen wir doch die Zeit bis zur Generalversammlung dazu benützen, die Kollegen allerorts aufzuklären, sodaß dann die Delegierten nicht „der Not gehorchend, sondern dem eignen Triebe“ gemäß der Beitragserhöhung zustimmen. Das muß geschehen aus vollster, innerster Ueberzeugung, getragen von dem Bewußtsein, daß sie nur den Willen ihrer Auftraggeber erfüllen, wenn sie für eine Erhöhung des Beitrages eintreten. Dadurch sind auch schon ein erheblicher Teil der Schwierigkeiten überwunden.

Karl Käfer, München.

Von der Gewalt, die alle Wesen bindet, befreit der Mensch sich, der sich überwindet.

Gegen das Sperrsystem der Bedenker.

Am Samstag, den 30. Mai hat in Essen eine vom christlichen Gewerkschaftskartell einberufene Protestversammlung gegen das Vorgehen der Grubenbesitzer in ihrem neuen Bechenberaub stattgefunden. Nach einem Referat des Kameraden Jmbusch (Bergarbeiter) und des Kollegen Hirtsefer (Metallarbeiter) wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

Den Ruhrgrubenbesitzern kann und soll das Recht der Organisation nicht bestritten werden. Der neue Bechenberaub aber fordert den schärfsten Protest der Allgemeinheit und besonders der Arbeiter heraus. Wie die Satzungen zeigen, hat er sich den rücksichtslosesten Kampf gegen die Arbeiter und deren Unterdrückung zur Aufgabe gemacht. Die Satzungen atmen den Geist des Herrenmenschentums, die die Arbeiter nicht als gleichberechtigt ansehen, um eine friedliche Verständigung mit ihnen herbeizuführen, sondern den brutalsten Klassenkampf von oben wollen. Das ist nur zu geeignet, dem Klassenkampf von unten neue Nahrung zu geben und das Leid ohnehin so gespannte Verhältnis zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern im Bergbau noch mehr zu verschärfen und einen gesunden Frieden zwischen diesen zum Schaden beider Teile und der Allgemeinheit unmöglich zu machen. Die in den Satzungen schon festgelegte, in der Praxis schon ausgeübt 3- oder 6monatige Aussperrung zahlreicher Arbeiter ist als eine brutalwirkende und viele Familien in Not und Elend stürzende Maßregel scharf zu verurteilen. Eine 6monatige Brotlosmachung einer ganzen Familie ist für eine unter Kontraktbruch erfolgte Lösung des Arbeitsverhältnisses eine viel zu hohe Strafe. Der Paragraph 83 des Berggesetzes gibt den Bergleuten auch das Recht, in gewissen Fällen ohne Kündigung das Arbeitsverhältnis zu lösen. Ihre Aussperrung in solchen Fällen ist also nicht nur ein moralisches Unrecht, sondern steht auch mit dem Gesetze im Widerspruch.

Ähnliche Praktiken, wie sie hier seitens des Bechenverbandes geübt werden, sind ja seit Jahren auch in der Metallindustrie durch die sogenannten Ueberweisungsakzine gehandhabt worden. Während die Arbeiter im Baubergbau durch eine starke Berufsorganisation solche Maßnahmen längst von sich gewehrt haben, sind es gerade die Arbeiter der schweren Bergbau- und Eisenindustrie, die es bisher nicht verstanden haben, durch starke gewerkschaftliche Organisationen den Unternehmern derartige Machtgelüste zu verleihen. Die Versammlung fordert daher die Arbeiter aller Berufe, besonders aber die Berg- und Metallarbeiter auf, aus dem Vorgehen der Grubenbesitzer die notwendige Lehre zu ziehen und sich alle den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung ist allein imstande, den gemeingefährlichen, klassenkämpferischen Gelüsten aller Kreise entgegenzutreten und einen gesunden Frieden zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern herbeizuführen.

Kriegervereine und Gelbe.

Die „Parole“, Vereinschrift des deutschen Kriegerbundes, bringt in ihrer Nr. 29 einen Artikel über das Stiftungsfest des gelben Werkvereins der Krupp'schen Gruson-Werke in Magdeburg-Buckau, der nicht unbesprochen bleiben darf. Nach der „Parole“ führte der Vorsitzende des Vereins, Dietrich, folgendes aus: „Wir feiern den ersten Geburtstag unseres Werkvereins, wir schauen wir in die Zukunft. Nichts soll uns abhalten, fortzuführen mit dem Bestreben mit ihm und durch ihn unser Dasein zu verbessern im Vertrauen auf uns und unser Arbeitgeber. Ohne Rücksicht auf Parteigetriebe und Organisationen irgend welcher Art, durch Sparsamkeit zur wahren Freiheit und Selbstständigkeit zu gelangen, das sei unser eifrigstes Bestreben; dabei werden sich Frau und Kinder und wir selber am wohlsten fühlen, dann wird die Zufriedenheit einkehren in unser eigenes Heim, und wir werden erfahren, daß man auch in kleinen Verhältnissen bewusst und groß durchs Leben wandern kann.“

Die „Parole“ begrüßt diese Erscheinung mit besonderem Interesse, weil sich hier eine Bewegung ans Tageslicht ringe, die schon lange leimhaft in der Arbeitererschaft läge, die sich aber zu schwach fühlte, gegen den sozialdemokratischen Terror heranzuwagen. Die Ausführungen des Vorsitzenden beweisen zur Genüge, daß man es mit einer ausgesprochen „gelben“ Gründung zu tun hat, weil ja jede Organisation irgendwelcher Art strikte abgewiesen wird. Die Ansicht, daß man nur durch Sparsamkeit zur Freiheit und Selbstständigkeit gelangen könne, wollen wir dem Vorsitzenden des „gelben“ Vereins nicht nehmen, da ja die verdrehten Ansichten der „Gelben“ zur Genüge bekannt sind.

Wogegen wir aber Protest erheben, das ist die Art und Weise, wie die „Parole“ die „Gelben“, die auch ihr ohne Zweifel als solche bekannt sind, unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Sozialdemokratie verhimmelt. Diese Verhimmlung der „Gelben“ muß in christlichen Gewerkschaftskreisen, wovon ein großer Teil den Kriegervereinen angehört, Erbitterung hervorrufen. Etwas anderes wird mit dem Artikel nicht erreicht, und zwar auch dann nicht, wenn man in dem Artikel den Kampf gegen die Sozialdemokratie führt. Die Art und Weise, wie die „Parole“ die letztere bekämpft, erweckt den Anschein, als wenn sie den Kampf allgemein gegen jede freiheitliche und selbstständige Bewegung der Arbeitererschaft führt. Will die „Parole“ entschieden die Sozialdemokratie bekämpfen, dann möge sie dafür sorgen, daß die Reihen der christlich-nationalen Arbeiter gestärkt werden. Nicht aber durch Befürwortung der „Gelben“ die Reihen der christlich-nationalen Arbeiter zu zerspaltigen und ihre eigenen Reihen zu lichten suchen.

Das Glend der Maifeier.

Der sozialdemokratische Weltfeiertag am 1. Mai wird immer mehr zum Gespött der Menschheit, den Geistesoffen selbst aber zur drückenden Fessel, zum erbarungswürdigen Schmerzenskind. Dieses Jahr ist sie infolge der Krise ganz ins Wasser gefallen und zu einer jämmerlichen Blamage für die Sozialdemokratie geworden. Das wurde auf der vom 24.—29. Mai in Stettin tagenden Generalversammlung des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes traurig festgestellt.

Der Delegierte Schroth-Miesefeld sagte u. a.: „Die Form der Maifeier ist veraltet. Darüber hilft nichts hinweg und jetzt ist sie der ständige Grund von Zerklüftung und Zersplitterung, Streit und Kräfte.“ Er ist dafür, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai endgültig befristet wird. Werner-Frankfurt a. W.: „Wir müssen endlich einmal mit dieser Maifeier tabula rasa machen. Dieser ein Ende mit Schrecken als dieser ewige Schrecken.“ Der Bericht des „Vorwärts“, Nr. 124 vom 28. Mai, dem wir folgen, verzeichnet jedesmal Vorfälle. Ferlichte-Dresden: „Dem Abkommen (Votum) der Maifeier, wie es eigene Genossen genannt haben. (Neb.) zwischen Parteivorstand und Generalkommission stimme ich zu; die Arbeitsruhe wird dadurch leichter sterben. Nur möchte ich, wenn sie zum Tode verurteilt ist, daß sie ehrlich erschossen wird und nicht an der Schwindsucht stirbt. (Gelächter.)“

Math-Windken ist von der Arbeiterruhe am 1. Mai auch nicht erkrankt und er empfand große Reue, daß sie im Tarif der Münchener Holzarbeiter die Arbeitsruhe festgelegt haben. Denn: „... ist am 1. Mai schlechtes Wetter oder Freitag, so müssen wir die Kollegen zwingen, ihn zu feiern. Auf die Arbeiterruhe verzichten können wir jetzt nicht. Das wäre Wasser auf die Mühle der Scharfmacher.“

So, so, daß ist ja mehr wie interessant; also zwingen muß man die Genossen, daß sie den Weltfeiertag begehen. Jetzt haben sie es aber im Tarif und wollen sich nun nicht gerne blamieren, indem sie verzichten. Die Genossen verspotten sich ja selbst und merken es nicht.

Im Schlußwort kennzeichnete Leispart, der erste Führer des „freien“ Holzarbeiterverbandes, das ganze Glend und den vollständigen Bankrott des Maianimes folgendenmaßen:

„Die Maifeiergeschichte hat den Verband von Blamage zu Blamage geführt. Offene Provokationen und Demütigungen seitens des Unternehmertums müsse er ungestraft hinnehmen. Er sei als ideal gesinnter Anhänger der Maifeier von Hamburg nach Stuttgart gekommen, aber jetzt widersehe es seinem Idealismus, das alljährliche Glend in den Werkstätten mitanzusehen. Mehr als 150, 00 Mk. habe die diesjährige Maifeier dem Verband gekostet. Das Geld sei nicht zum Nutzen des Verbandes ausgegeben. Mit dem heutigen Zustand sei niemand zufrieden. Darum trete er offen für die Beseitigung der Arbeitsruhe ein.“

Ja, die „freien“ Gewerkschaften möchten gern diesen Unfug beseitigen, aber sie dürfen nicht, sie sind durch parteipolitische Fesseln gezwungen, den Unfug weiter mitzumachen. Ein Radikalinski, Lüth-Hamburg, sprach es aus mit den Worten:

„Welche Wandlungen! Ich stehe vor einem Rätsel. Über vor allem hat ja der internationale Kongress beschlossen, daß die Maifeier weiter zu begehen ist wie bisher. Wir sind also vorläufig gebunden.“

Sie sind gebunden, solchen gewerkschaftsfeindlichen, erbeiterfädisenden Unfug mitzumachen. Und nennen sich trotzdem „frei“. Welcher Hohn! Die Sozialdemokraten müssen einen mehr wie konfuse Begriff von dem Wort „Freiheit“ haben. Die christlichen Arbeiter aber ersehen auch hieran wieder, welche Gewerkschaften in Wirklichkeit frei und politisch neutral sind, das sind in Wirklichkeit nur die christlichen Gewerkschaften.

Der Zentralverband der christlichen Arbeiter u. Arbeiterinnen für das graphische Gewerbe

bleibt am 28. und 29. Mai im Bursarbuschhof in Würzburg seine zweite Generalversammlung ab. Als Vertreter des Gesamtverbandes nahm Kollege Melcher (Düsseldorf) an den Verhandlungen teil. Diese noch verhältnismäßig junge Organisation hat sich naturgemäß nicht so entwickeln können wie manche der anderen christlichen Verbände. Außer der scharfen Konkurrenz des „freien“ Buchbinderverbandes blieb der Verband auch nicht von inneren Schwierigkeiten (Kinderkrankheiten) verschont. Ueber diese Klippe ist der Verband, nach dem Willen auf der Generalversammlung zu urteilen, jetzt glücklich hinweg. Die Delegierten sowie auch der Zentralvorstand waren bestrebt, praktische Arbeit zu leisten, um neue Richtlinien zu schaffen, Maßnahmen zu treffen, die geeignet erscheinen, dem Verbande zu einer gesunden Fortentwicklung zu dienen.

Der Mitgliederbestand beträgt heute 1200 Mitglieder. Im Geschäftsbericht wurde besonders über die

starke Fluktuation im Mitgliederbestande berichtet. Angehend wurde debattiert, wie diesem Uebelstande abzuhelfen sei und manch treffender Fingerzeig nach die Richtung gegeben. In der Berichtszeit 1. Juli 1906 bis 31. März 1907 betragen die Einnahmen (inkl. einem Kassenbestand von 4215,04 Mk.) 40423,96 Mk., die Ausgaben 27164,75 Mk. Das Verbandsvermögen beträgt 13259,25 Mk. An Unterstützungen wurden 6758,94 Mk. ausgezahlt, davon Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung 4814,74 Mk. Von größeren Bewegungen (Streiks) blieb die Organisation veridant, so daß für das Konto Streikunterstützung nur 684,29 Mk. anzusetzen waren. Trotzdem gelang es dem Verbande manche Besserung im Lohn- und Arbeitsverhältnis für eine größere Anzahl seiner Mitglieder durch schlechte Verständigung mit den Arbeitgebern zu erzielen.

Das Verbandsstatut wurde seitens der Generalversammlung einer eingehenden Revision unterzogen und unter anderem die Bestimmung getroffen, daß den aus einer anderen Organisation übertretenden Mitgliedern die vorher gezahlten Beiträge anzurechnen sind. Zur Bestreitung der Kosten für die Generalversammlungen soll auch für die Folge von den männlichen Mitgliedern 40 Pf., von den weiblichen Mitgliedern 20 Pf. pro Jahr Delegiertensteuer erhoben werden. Der in der Berichtszeit vom Zentralvorstand vorgenommenen Festsetzung der Agitationsbezirke wurde zugestimmt und insbesondere noch gewünscht, daß der Agitation unter den Druckfarbenarbeitern eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werde. Zum Zwecke der besseren Agitation soll in nächster Zeit eine Agitationsbroschüre herausgegeben werden.

Der Punkt Grenzstreitigkeiten wurde eingehend debattiert und schließlich der vom Zentralvorstand mit dem Hilfs- und Transportarbeiterverband vereinbarte Vertrag gut geheißen. Zur Organfrage wurde angeregt, mehr den einzelnen Berufsarten Rechnung zu tragen und auch mehr fachliche Artikel zu bringen. Bei der Wahl des Zentralvorstandes wurde der Kollege Adam Hornbach (Hamburg) zum Zentralvorstand gewählt, zugleich als Verbandsbeamter angestellt und mit der Redaktion des Verbandsorganes betraut. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Ernst Herchenbach (Barmen) gewählt. Der bisherige Zentralkassierer Supperitz (Köln) wurde ebenfalls wiedergewählt. Die Generalversammlung legte auch gleichzeitig die Anstellungs- und Gehaltsbedingungen für die Verbandsbeamten fest. Mit der Bruderorganisation der Schweiz soll ein Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen und zur Tätigung dieses Vertrages der Zentralvorstand beauftragt werden.

Die französischen Gewerkschaften.

Kürzlich veröffentlichte das französische Arbeitsamt eine Statistik der französischen Gewerkschaften im Jahre 1906. Es gab im Berichtsjahre 5322 örtliche Syndikate mit 896012 Mitgliedern gegen 4857 Syndikate mit 836134 Mitgliedern im Jahre 1905. An erster Stelle unter den Gewerkschaften figuriert die Gruppe der Handels- und Transportangestellten mit 880 Syndikaten und 260869 Mitgliedern. Keine Gewerkschaften sind hiervon jedoch nur Organisationen der Eisenbahner mit 50000, der Handelsangestellten mit 30000 und der Transportarbeiter mit 10000 Mitgliedern. Die anderen Vereine sind Unterstützungsvereine mit den verschiedensten Wohlfahrtsrichtungen, ohne aber Lohnkämpfe zu führen. Nach Berufsgruppen gehören von den als gewerkschaftlich organisiert angeführten Arbeitern 51407 (1,76 Prozent) der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerel an, 64194 (3546 Prozent) davon sind Bergarbeiter, 48353 (7,92 Prozent) Arbeiter in der Lebensmittelbranche. Im Durchschnitt sind 16 Prozent aller Brancheangehörigen gewerkschaftlich organisiert. Als Einnahmen der Gewerkschaften sind nur die Subventionen der Gemeinden und Departements per 450000 Franken verzeichnet. Außerdem werden 131 Arbeitsbörsen von den Gemeinden erhalten. Die Unternehmer sind in 3612 Syndikaten mit 315271 Mitgliedern (23,34 Prozent) organisiert.

Eine Schlichtungskommission in der bayerischen Metallindustrie.

Die für die bayerische Metallindustrie beabsichtigte Schlichtungsordnung zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern hat im Laufe der letzten Monate Gegenstand mehrerer Beratungen gebildet, an denen Vertreter des bayerischen Metallindustriellen- und der verschiedenen Richtungen der Arbeiterorganisationen teilgenommen haben. Vorbehaltlich der Zustimmungen der für die einzelnen Delegierten in Betracht kommenden Instanzen haben diese Verhandlungen erfreulicherweise schließlich zu einer Einigung geführt, welche ein Zustandekommen der Schlichtungsorganisation erhoffen lassen. So wacht auch in der Metallindustrie der Gehanke des Einigungsweises immer bessere Fortschritte.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Reaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzulenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zutritt fort.

Münchener. Zutug von Kupferhämmer für die Münchener Maschinenfabrik streng fernzuhalten. Die organisierten Kollegen wurden von genannter Firma entlassen.

Dortmund. Ueber die Firma „Dortmunder Feinblechfabrikation“ wurde wegen schlechter Behandlung und Akkordreduzierung die Sperre verhängt.

Münchener. Ueber die Firma L. A. Weidinger ist die Sperre verhängt.

Düsseldorf. Im Derabrunder Eis- und Stahlwerk sind infolge einer allgemeinen Lohnbewegung Differenzen ausgebrochen.

Geisweid. In der hiesigen Steigerländer Gerbfabrik sind Differenzen entstanden.

Rheinberg. In den deutschen Solway-Werken sind wegen Maßregelung organisierter Kollegen Differenzen entstanden.

Bielefeld. Ueber die Firma Reinslagen & Vogt ist die Sperre verhängt.

Sevelsberg. Bei der Firma Höllen sind infolge von Lohnabzügen Differenzen entstanden.

Worzhelm. Sämtliche organisierte Kollegen und Kolleginnen der Holz- und Eisenindustrie sind ausgesperrt.

Regensburg. Die hiesigen Kunz- und Bauhändler stehen in einer Tarifbewegung.

Zutug ist fernzuhalten.

Mhlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Mhlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Mhlen bei unsern dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Zur Bewegung der Kettenhämmer in Industriegebiet Unterföhen—Aalen.

Die Kettenhämmer des Kocherthales verdienen es, daß man ihrer Geschichte und gegenwärtigen Verhältnisse nähere Erwähnung tut. Die Geschichte der Kettenhämmer geht zurück bis zum Beginn des vorigen Jahrhunderts. Aus den drei älteren, größeren Betrieben lösten sich in der Folgezeit vier weitere Betriebe ab, da die Anlage einer Schmiede ein nicht allzu großes Kapital benötigt. Der Auf der württembergischen Ketten ist ein guter, sonst wäre der bisherige Abfall nicht erzielt worden. Anderorts, speziell in der Pfälzer Konkurrenzindustrie, sind immer mehr Schweißmaschinen zur Verwendung gekommen, wodurch die Handarbeit zum großen Teil überflüssig wird und die Ketten selbst weit billiger abgesetzt werden. So behaupten es wenigstens die hiesigen Arbeitgeber. Werfen wir nun zunächst einmal einen Blick auf die Gegend selbst, in der die württembergische Kettenfabrikation heimisch ist. Wer sich nicht verbrießen läßt, den Quellen des Kocherflusses nachzuspüren, den erschreckt plötzlich im herrlichsten Waldhügel das Geräusch der Schmiede. Wer die Stätte näher betritt, sieht um sich herum 6, 7 auch 12 Schmiede — die größeren Betriebe beschäftigen 20 bis 40 Arbeiter. — Neben der Schmiede raucht das Wasserrad, das die Ventilation für die Schmiedefeuer in Bewegung hält. Gleich den Heizenmännchen, ohne nur einmal aufzusehen, wird geschweißt, gezeugen und gedreht. Der Walzwerksarbeiter, der Hüttenarbeiter, verrichtet eine körperlich oft überanstrengende Arbeit, der Kettenhämmer jedoch leistet an Intensivität außerordentliches, sonst ist er einfach außerstande, einen Verdienst zu erzielen, der ihm ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

Die Arbeit vollzieht sich in postreibender Umgebung, nicht schwarze Mauer nehmen den Kettenhämmer auf, wenn er die Arbeitsstätte verläßt, sondern Gottes wundervolle Natur umgibt ihn. Das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter ist noch patriarchalisch. Bei den kleineren Firmen wird im Verkehr noch das familiäre „Du“ angewendet. In den größeren Firmen herrscht das patriarchalische Verhältnis nur noch teilweise vor. Hier beginnt die moderne Entwicklung ihre Wellen zu schlagen. Die geschäftliche Lage der Kettenindustrie leidet seit jeher unter einer schrankenlosen Konkurrenz. Die Hochproduktionsyndikate für Kohlen und Walzdraht bestimmen ihre Preise, der Fabrikant sucht wiederum zum alten Preis zu verkaufen, der Rabatt wird erhöht, statt 25 Proz. wird 30 und darüber eingeräumt. Ein Fabrikant sucht den andern zu unterbieten. Die Schmutzkonkurrenz kommt in Blüte, nicht zuletzt auf Kosten der Arbeiter. Bei einer Firma werden für Rohmittel 7 Proz., bei einer anderen 5 und 3 Prozent abgezogen. Der Arbeitstag ist alle vier Wochen, je im Vierteljahr zu fünf Wochen. Alles Erscheinungen, welche einer Reform dringend bedürfen. Dazu kommt, daß infolge der ungenügenden Schulung und Kenntnis seitens der Arbeiter manches gefährdet wurde, u. a. das Blamachen, über den nötigen Durschschnitt im Betrieb eines zu genehmigen, woran die Meister allerdings auch ihr ant Teil Schuld mittragen, indem sie oft selbst mittaten, statt mit gutem Beispiel voranzugehen. So waren die Verhältnisse gelagert, als vor 1 1/2 Jahren unser Verband im dortigen Gebiet an Boden zu gewinnen begann. Ein Hauptverdienst, daß es endlich einmal so weit kam, gebührt dem Präses des dortigen lath. Arbeitervereins, der die Kettenhämmer seines Vereins an ihre Standespflichten erinnerte und sie aufforderte, end-

Einmal Ernst zu machen und ihren alten Schiedsrichtern abzulegen. So schlossen sich bei der Gründungsversammlung gleich ein halbes Hundert dem Verbands an. Ein besonderer Glücksfall muß damals obgewaltet haben, da es uns gelang, einen wirklich glücklichen Griff in der Auswahl der leitenden Kollegen zu tun.

Wie die Unternehmer im Verlaufe der öfter stattgefundenen Verhandlungen zugestanden, ist seit Gründung des Verbandes eine sühnbare Wandlung bei den Arbeitern eingetreten. Die verschiedenen Unsitte nehmen ab, wohl treten die Kettenbeschmiede zuverlässlicher und bestimmter auf, doch es geht nicht mehr im allgewohnten Gleise. Binnen einem Jahr schloß sich so der überwiegende Teil unserm Verbands an, eine kleine Zahl gehört dem sozialdemokratischen Verbands an. Nur in einem Betriebe gab es einige ganz Kluge, die meinten: „Ach was, wenn der Verband etwas durchsetzt, kriegen wir es auch!“ Also brannten wir nicht zurück. Gerade diese wurden durch die Bewegung mehr wie alle übrigen eines besseren belehrt.

Durch Kommissionen trugen die Kollegen vor 6 Wochen ihren Arbeitgebern ihre Wünsche vor, u. a. eine angemessene Erhöhung des Lohnes um 15 Prozent. Ueberall wurde ihnen jedoch bestritten: „Wenn die andern Firmen mitmachen, mache ich auch mit.“ Daraufhin wurde die Bezirksleitung ersucht, hier mitzuwirken. Dem wurde stattgegeben. Zuerst verhandelte Kollege Gerhards-Günth mit jedem Unternehmer einzeln; zugleich lud er sie dann zu einer gemeinsamen Verhandlung ein, welche dann am 13. Mai stattfand, unter Zugang einzelner Vertreter aus Arbeiterkreisen der betreffenden Werkstätten. Begründet war die Forderung mit der täglich steigenden Verteuerung der wichtigsten Lebens- und Verbrauchsmittel. Ferner war gefordert kürzere Zahlungsperiode, Einhalten der Arbeitszeit.

Das Ergebnis dieser dreistündigen Verhandlungen war ein minimales. Von einer Lohnerhöhung wollte man nichts wissen, nicht 1 Proz., erklärte der Inhaber einer größeren Firma. Als Ablehnungsgründe galten ungünstige Marktlage, die Pächter Konkurrenz und die allgemeine niedergehende Konjunktur. Die Forderung wurde als berechtigt anerkannt angesichts der großen Anforderungen, welche an die Leistungsfähigkeit der Kettenbeschmiede gestellt werden. Die Versammlung derselben, die den Bericht entgegennahm, beschloß einstimmig den Streik.

Des anderen Tages wurde seitens der Bezirksleitung nochmals versucht zu verhandeln, wodurch drei Meister sich zu der Erklärung herbeiliessen, wenn bei ihnen weiter gearbeitet werden würde, seien sie bereit, 10 Proz. ab 1. Juni, 5 Proz. ab 1. September bei entsprechendem Geschäftsgang zu genehmigen. Die großen Firmen lehnten ein Zugeständnis ab; sollte es ihnen gelingen, eine Preisreduktion abzuschließen, dann seien auch sie bereit; wann das sei, könne noch nicht gesagt werden. Kündigungstag war der 15. Mai.

Um nun den Arbeitgebern Gelegenheit zum Abschluß einer Konvention zu geben, und um andererseits die Situation nicht unnötig zu verschärfen, wurde die Kündigung verschoben. In dieser Zeit, am Christi Himmelfahrtstag, fand dann eine große Versammlung statt, welche auch in der Bürgerchaft die nötige Klarheit schaffte und dadurch den in der Bewegung stehenden Kollegen die Sympathie bringen sollte. Das darf hier gesagt werden, diese Versammlung bildet ein Ereignis in unserm Verbandsleben, vielleicht noch weit darüber hinaus. Warum, sehen wir unter; ebenso und vielmehr noch bleibt die Versammlung an der lebhaftesten Erinnerung der hiesigen Arbeiter wie Bürgerchaft; so etwas hat unter uns noch nicht gegeben. Schon der massenhafte Besuch verleiht in mächtiges Stützen. Bezirksleiter Kossatz gab in 1 1/2 stündigen Ausführungen ein Bild des Verlaufes und der Ursachen der Bewegung, dabei auch die Berechtigung des Streiks hervorhebend, da gesagt wurde, das sei nicht christlich, wenn wir streiken. Es sei seitens der Arbeiter und der Verwaltungsleitung alles versucht worden, den wirtschaftlichen Kampf zu verhindern. Doch hätten sich speziell die großen Firmen hartnäckig verhalten, nicht einmal einen Gegenorschlag habe man gemacht. Wenn der Kampf nun komme, lehne die Arbeiterschaft die Verantwortung ab, ha es feststehende Tatsache sei, daß bei einigermaßen gutem Willen der Arbeitgeber sich ein Ausgleich finden lasse.

In der Diskussion meldete sich als erster Herr Oberamtmann Schleich von Aalen. Er suchte nachzuweisen, trotz dem er ein warmes Herz für die Arbeiterschaft habe, daß die Forderungen nicht zeitgemäß seien. Es seien auch noch nicht alle friedlichen Mittel versucht worden; die ganze wirtschaftliche Depression spreche gegen einen Kampf. Mit erhobener Stimme erklärte er, wie die Kettenbeschmiede nur dazu kommen, auf einmal eine solche Geschichte in die friedliche Bürgerchaft hereinzutragen. Kollege Gerhards wies die erhobenen Vorwürfe in sachlich treffenden Ausführungen zurück, ohne in der Form irgend zu verletzten. Daraufhin erklärte der Herr Oberamtmann, es sei ja richtig, daß dort, wo keine Forderungen erhoben werden, auch keine genehmigt werden könnten. Er sei geneigt, weitere Verhandlungen anzubahnen. Der Herr Ortsgruppenleiter stellte in der Folge den Antrag, man möge am nächsten Tage in Verhandlungen eintreten. Die Bürgerchaft erkenne das Vorgehen der Arbeiter als berechtigt an, doch frage man sich, ob der Zeitpunkt geeignet sei.

Die beiden Geistlichen des Ortes beteiligten sich ebenfalls an der Debatte. Der Herr Pfarrer glaubte, wenn die Arbeiter den Prozentsatz etwas ermäßigten, dann ließe sich noch reden. Den Arbeitern müsse das Recht, zu verbessern, zugestanden werden. Der Herr Kaplan verwies auf die Schattenseite des Streiks, man möge diese nicht aus dem Auge lassen. So kamen die hervorragendsten Vertreter der Behörden wie der Bürgerchaft zum Wort, nur bei einigen auffällig scharfen Formulierungen seitens des Herrn Oberamtmannes waren Zwischenrufe vernehmlich, sonst bewahrte die Versammlung eine musterartige Ruhe.

In seinem Schlusswort ging der Referent die einzelnen von den Rednern erhobenen Bedenken durch. Eine diesbezügliche Resolution setzte dem Ganzen die würdige Krone auf. Der Eindruck der imposanten Versammlung war ein ungewöhnlicher. Die „Kometen“ schreibt in ihrem Bericht: „Der Vorsitzende Gerhards schloß mit einem Hoch auf die Einigkeit der organisierten Arbeiterschaft die gewaltige, 3 1/2 stündige, denkwürdige Versammlung.“

Freitag, den 29. Mai, fanden auf Veranlassung des Herrn Oberamtmannes und des Herrn Schultheiß Maier unter Zuzugung des Herrn Pfarrers wie der beiden organisierten Vertreter erneute Verhandlungen statt und schloß es wieder anfänglich, als ob die Fabrikanten auf ihren Widerstand beharren wollten. Das eine muß dabei anerkannt werden: Der Herr Oberamtmann im Verein mit den anderen Herren bemühte sich redlich um die Sache der Arbeiterschaft. Nach dreistündigen, äußerst lebhaften und ernstlichen Beratungen wurde der Vorschlag auf 15 Prozent akzeptiert in der Weise, daß ab 1. Oktober 5 Prozent, ab 1. April die weiteren 10 Prozent unter Würdigung der jeweiligen Marktlage genehmigt werden.

Die Kettenbeschmiede stimmten diesen Vorschlägen zu, allerdings wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der Terminus etwas früher angesetzt werden möge. Daß überhaupt ohne Streit ein derartiger Erfolg für die Kollegen erzielt wurde, hat verschiedene Voraussetzungen. Einerseits die musterartige Haltung der Kollegen selbst, der Hauptfaktor für jeden Erfolg. Das Bestreben unter Berücksichtigung der Industrie auf friedlichem Wege durchzuführen, wenn die denkwürdige Versammlung, und nicht zuletzt die vermittelnde Tätigkeit des Herrn Oberamtmanns im Verein mit den anderen Herren. Andererseits sagten sich auch die Unternehmer, wir brauchen unsere Industrie, da ist es dann doch ratsamer, ohne Kampf den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden. Es sind das jene Gründe, auf denen beide Teile sich treffen.

An unseren Kollegen im dortigen Gebiet liegt es nun, die Situation richtig zu erfassen, und darnach zu handeln. Vor allem den Verband auszubauen, sich selbst weiter zu schulen und zu bilden, damit, wenn die Umstände es nötig erscheinen, sie ihren Mann wiederum voll auf zu stellen vermögen. Den Kettenbeschmieden der übrigen Bezirke liegt die Aufgabe ob, sich endlich aufzuraffen und das Beispiel unserer unterbrochenen Kollegen nachzuahmen, zu ihrem eigenen Nutzen, zur geistlichen Entwicklung der Industrie und zur Ehre des christlichen Metallarbeiterverbandes. Auch die Arbeitgeber haben ein lebhaftes Interesse in diesem Sinne zu wirken, dann tritt an Stelle von Kämpfen ein wirklich sozialer Friede im Gewerbe der Kettenbeschmiede.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 14. Juni der fünfundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 21. Juni 1908 fällig.

Die Ortsgruppe Berlin erhält hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pfg. Die Ortsgruppen Kiel und Heidenheim von 60 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen aus dem Verbands werden auf Antrag der Ortsgruppe Thale a. S. die früheren Mitglieder: August Hora, Buchnummer 38277 und Franz Spilak, Buchnummer 59005; beide wegen Schwächung der Verbandsinteressen und unsozialen Verhaltens.

Der Zeitungsendung an die Ortsgruppen liegen die Abrechnungsschemata und Mitgliederverzeichnisse sowie die Zählkarte zur Arbeitslosenstatistik bei. Die Abrechnungsschemata und Zählkarte sind sofort dem Kassierer der Ortsgruppe auszuhandigen. Der Kassierer kann dadurch schon vor Quartalschluß mit dem Zusammenstellen der Abrechnung, besonders mit der Anfertigung der Mitgliederliste, beginnen und so nach Quartalschluß die Abrechnung einreichen. Die Zählkarte zur Arbeitslosenstatistik ist in der Zeit vom 1. bis 4. Juli einzuzufenden. Keine Ortsgruppe darf dieses verpassen.

Wo aus Versehen dem Zeitungspaket die Abrechnungsschemata nicht beiliegen sollten, wende man sich sofort an die Zentrale.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß arbeitslose Mitglieder, denen an anderen Orten gute, lohnendere Arbeit nachgewiesen wurde, dieselbe aus nichtigen Gründen, besonders aus Bequemlichkeitsrücksichten, nicht angenommen haben. Dieses kann nicht schwer genug gerügt werden. In der jetzigen Zeit der Krise, wo die Arbeitslosigkeit so stark auf die Arbeiter drückt, sollte es keinen organisierten Arbeiter geben, der deshalb eine angebotene Arbeit nicht annimmt, weil er dann seinen Wohnort verlassen muß. Die Entschuldigungen, daß derselbe seine Eltern oder Familienangehörigen unterstützen muß, und deshalb nicht fort kann, ist wenig stichhaltig. Denn ein Arbeiter kann doch bei einem Wochenverdienst von 24—30 Mark seine Angehörigen besser unterstützen, als bei dem Bezug von Erwerbslosenunterstützung.

Wir machen deshalb hiermit nochmals auf den § 7, Absatz 5 des Verbandsstatuts aufmerksam, welcher lautet:

- 5. Außerdem geht ein Mitglied der Erwerbslosenunterstützung verlustig, wenn es: (außer Krankheit) a) eine in sein Fach einschlagende, unter auskömmlichen Bedingungen angebotene Arbeit verweigert, b) die im Statut enthaltenen Vorschriften und ihm auferlegte Pflichten als auch die auf Grund des Statuts erlassenen Kontrollvorschriften erwiesenermaßen nicht befolgt und

c) mit seinen Beiträgen mehr wie acht Wochen im Rückstande ist; es kann dann auch seine Unterstützungsberechtigung nicht durch Nachzahlung der Beiträge erlangen, sondern gilt als neu eingetreten.

Aus dem Verbandsgebiet.

Köln, Deuz. Wie kommen die Meister und Vorarbeiter der Gasmotorenfabrik Köln-Deuz zu höherem Gehalt und Verlängerung des Sommerurlaubs? Vor kurzer Zeit wurde in verschiedenen Zeitungen auf das gute Einvernehmen zwischen der Gasmotorenfabrik Köln-Deuz und ihren Arbeitern hingewiesen. Das ginge schon daraus hervor, daß nicht weniger als 110 Arbeiter eine Dienstzeit von mehr als 25 Jahren hinter sich hätten. Wer auf dem genannten Werke genau orientiert ist, muß sagen, daß das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf genanntem Werk durch die Willkür der Betriebsleiter, Meister und Vorarbeiter bedenklich geschwunden ist. Diese Tatsache ist nicht nur allein für die Arbeiter nachteilig, sondern auch für die Firma.

Wenn man nur seinen Blick in den Betrieb 3 wtrft, um von den andern Betrieben gar nicht zu reden, so kann man diese Tatsache leicht feststellen. Genannter Betrieb ist dem Oeringenger Lebus unterstellt. Dieser Herr hat die besondere Eigenschaft, sich ein ausgeprägtes „Eisernes System“ herauszubilden, auch mit entsprechendem Erfolg. Schon unzähligmale betonte der Herr seinen „eisernen Charakter“. Er wolle jedem zu seinem Recht verhelfen.

Der Arbeiter, welcher nun von dem Meister Morb-preise diktiert erhält, für die keiner diese Arbeit ordnungsmäßig herstellen kann und dann bei Herr Lebus sein „Recht“ suchen will, erhält zur Antwort: „Was der Meister kalkuliert, ist mir maßgebend, ich werde mich in Zukunft das hnd sehr erfreuliche Aussichten für die Zukunft. Ich gibt er dem Arbeiter, der nicht mit dem Morb auskommt, auch mehr damit befaßen, dann mache ich noch besser“ nicht einmal den festgesetzten Stundenlohn, wozu er verpflichtet ist, oder der Arbeiter muß die Fabrik verlassen, um sein Recht zu suchen.

Einen willkommenen Handlungsgeher hat Herr Lebus in der Person des Drehermeisters Poppet gefunden, der dann wiederum seine dienstbaren Geister, einige Vorarbeiter gleich Jagdhunden umherspringen läßt. Herr Poppet ist derjenige tüchtige Mann, von dem Herr Lebus auf einer Meisterkonferenz sagen konnte, als er einen Paß Jettel vorlegte, von denen jeder Jettel Rekrutierungen aufweist, d. h. Abzüge über Abzüge. „Ihr Meister, so müßt Ihr es alle machen, dies ist erfreulich, nur dadurch ist die Handhabe geboten, Gehaltsaufbesserungen und Verlängerung des Sommerurlaubs in Aussicht zu stellen.“ So ähnlich sprach Herr Lebus, der Mann mit dem „eisernen Charakter“, der jedem sein „Recht“ gibt.

Hier sei die Frage gestellt: Sind diese Herren so kurz-sichtig, um nicht bedenken zu können, wo ein solches Gebahren hinführen muß. Auf der einen Seite stets Verteuerung der Lebenshaltung, auf der andern Seite nichts als Lohnkürzungen ohne Ende. Muß das nicht Erbitterung und schließlich Empörung hervorrufen. Ist der Arbeiter in der Gasmotorenfabrik heute nicht mehr seines Lohnes wert? Außer den Wohnverhältnissen findet man auch im übrigen im Betrieb 3 noch manche bellagenswerte Zustände. Geht einem Arbeiter bei der größten Inanspruchnahme seiner Arbeitskraft ein Werkzeug zu Schaden, dann hat er Strafe in ungewöhnlicher Höhe zu erwarten. Die Maschinenteile liegen fast in der ganzen Werkstatt umher, so daß die Arbeiter auf dem Wege von und nach der Arbeit klattern müssen, schon um nur an den Markensaffen zu gelangen. Desgleichen sind Seile zum Aufhängen und Transportieren von Maschinenteilen in unzureichender Zahl und in überaus schlechtem Zustände vorhanden, wodurch die Unfallgefahr bedeutend erhöht wird. Sehr oft ist bei Schluß der Arbeit noch nicht einmal genügend Wasser vorhanden, so daß die Arbeiter ihre Hände kaum waschen können.

Vor einiger Zeit erhielt ein Hofsleger den Auftrag, den einzigen Trinkwassertrahnen abzunehmen. Nicht einmal genügende Trinkgelegenheit ist vorhanden. Dies sind nur einige wenige von den vielen Missetatungen, für deren Beseitigung Herr Lebus mit all seinen Helfern einmal sorgen sollte. Das wäre jedenfalls lobenswerter, wie das fortwährende Anzeichen der Lohnreduzierungsfrage.

Die Gewerbeinspektion wird in der Gasmotorenfabrik ein sehr großes Arbeitsfeld antreffen können. Arbeiter der G. F. D. Wie lange seht ihr noch den traurigen Verhältnissen teilnahmslos zu, wann findet ihr den Weg zur Organisation, die euch als gleichberechtigter Stand im Staate die Stellung im wirtschaftlichen Leben erringen will, die euch gebührt. Euere Interessen werden am besten gewahrt durch den christlichen Metallarbeiterverband! Wachtet auf und tretet ein!

Aus dem Saargebiet. Daß die Berliner Fachabteilungssekretäre es im Kampfe gegen Andersdenkende, insbesondere gegen die christlichen Gewerkschaften, nicht so genau nehmen, haben aufs neue in einer vom christlichen Metallarbeiterverband einberufenen Betriebsversammlung in Burbach am 22. Mai, die Herren Berliner Sekretäre Kloos und Holz bewiesen. Trotzdem nur Arbeiter bestimmter Betriebe eingeladen waren, erschienen nicht nur die oben genannten „Berliner“ Sekretäre, sondern auch auf eine Einladung durch Kloos in der „St. Johanner Volkszeitung“ eine Anzahl Mitglieder des kath. Arbeitervereins Malsatt (Sib Berlin.) Die Tagesordnung der Versammlung scheint den Berliner in die Knochen gefahren zu sein; sie lautete: „Konfessionelle Gelben (kathol. Fachabtl.)“ Der Referent und Einberufer der Versammlung, Gewerkschaftssekretär Peter Bäder, geißelte bei Eröffnung der Versammlung das Verhalten des Sekretärs Herrn Kloos, welcher sich erlaubt hatte, eine Menge Flugblätter in der Versammlung zu verteilen; ferner das Verhalten der Berliner Sekretäre und die oben erwähnte Notiz der „St. Johanner Volkszeitung“. Dann schilderte Redner kurz die Entstehung des Lohnarbeiterverbandes, seine Lage und die sich daraus ergebende Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter in Gewerkschaften. Dann behandelte er die „Berliner“ Grundzüge und zog eine Parallele zwischen den „Gelben Gewerkschaften“

und den „katholischen Fachabteilungen“ in wirtschaftlicher Hinsicht. Daraus müßte jedem klar werden, daß beide Organisationen den Bestrebungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft entgegen arbeiten; deshalb sei die eine Richtung eine „konfessionelle“ und die andere eine „interkonfessionelle“ Gelbe.

In der Diskussion versuchte Herr Kloos die Ausführungen des Referenten zu widerlegen. Dabei hing er an den Referenten zu beschimpfen: „Schwindler, Gauner, gemeiner Lügner, Betrüger“, was waren die Ausbrüche, deren sich der Ueberkatholik bediente. Durch diese, jedem Anstand Hohn sprechende Provozierung wurde eine große Unruhe in der Versammlung hervorgerufen. Kollege Wäcker wurde deshalb gezwungen, von seinem Hausrechte Gebrauch zu machen, indem er Kloos dreimal aufforderte, das Lokal zu verlassen. Als Kloos dieser Aufforderung nicht nachkam und noch immer keine Ruhe bewahrte, versuchte Wäcker, ihn in einer ruhigen, anständigen Weise aus dem Lokal zu führen. Da spielte Kloos den Angegriffenen und rief seine Anhänger auf den Plan. Diese folgten auch ihrem „Führer“ und bedrohten Wäcker mit Biergläser und Flaschen. Jetzt löste Wäcker noch rechtzeitig die Versammlung auf, wodurch eine allgemeine Schlägerei verhindert wurde. Nachdem die Versammlung aufgelöst worden war, verließ Kloos noch immer nicht das Lokal, der Wirt mußte ihn erst dazu zwingen. Einige Berliner haben erst mehrere Tage nach der Versammlung auf die Aufforderung des Wirts ihr Bier bezahlt, darunter auch Herr Kloos. Für die Herren Arbeitersekretäre Kloos und Holz wird die Versammlung ein böses Nachspiel haben, da bereits Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs und Beleidigung eingereicht worden ist.

Was sagen nun die Förderer der Berliner Arbeiterbewegung zu diesem Anstand und der „Bildung“ ihrer Obersekretäre? Und wie läßt sich ein solch räuberhaftes Verhalten vereinbaren, mit der von Berlin gepredigten „Demut“, „Bescheidenheit“ und „Nächstenliebe“ Diese Nächstenliebe erstreckt sich bei den „Berlinern“ anscheinend nur auf die Unternehmer, während sie den Arbeitern die nicht ins Berliner Horn tuten wollen, ein vollgerütteltes Maß unchristlicher Abneigung — um nicht zu sagen Haß — entgegenbringen. Die christlich-nationale Arbeiterschaft wird schon ihre Konsequenzen aus dem Verhalten dieser Herren ziehen und sich den christlichen Gewerkschaften anschließen.

Aue (Erzgebirge). In einer Mitgliederversammlung am 23. Mai sprach Kollege Waldrusch über das Thema: Christliche Gewerkschaften und ihre Berechtigung und Notwendigkeit. Der Referent verstand es, die Frage leichtverständlich und überzeugend zu behandeln, so daß die Kollegen vieles gelernt haben und große Begeisterung für unsere Sache zurückließen. Besonders Wert legte Redner auf die Erziehung und Anfeuerung der Mitglieder zur energischen Weiterarbeit und rastlosen Agitation. Ein vorwärts blickender christlicher Gewerkschaftlicher würde stets das Dichtwort beherzigen:

Zum Licht empor mit klarem Blick,
Ein Wortwärts stets, nie ein Zurück;
Ein frohes Hoffen, Kühnes Streben,
Und schnelles Handeln auch daneben —
Dann hat das Leben Zweck und Ziel,
Wer großes will, erreicht auch viel.

Dieses schöne Dichtwort wollen wir uns auch hier in Aue stets vor Augen gegenwärtig halten, dann werden wir auch gewiß den Tag erleben, wo aus dem jungen Garten Sprößling ein starker, kräftiger Baum der christlich-nationalen Arbeiterbewegung geworden ist. Darum auf zur Tat, hinein in die Arbeiterorganisation, um an der geistigen und materiellen Hebung unseres Standes mitzuwirken.

Frankenthal. Recht schlecht sah es bisher in unserer Ortsgruppe mit dem „Vertrauensmännerystem“ aus. Es fanden sich nur einige Kollegen, die sich der Mühe unterzogen, die Leitung unserer Ortsgruppe dadurch zu unterstützen. Für einen großen Teil unserer Mitglieder mußten wir für diese Arbeit eigens einen Kollegen bezahlen. In der letzten Versammlung (am 18. Mai) haben sich nun noch 2 Kollegen freiwillig gemeldet, so daß wir jetzt 4 Vertrauensmänner haben, welche die übrigen Kollegen bedienen. In einer kleinen Ortsgruppe, wie es die hiesige ist, müßte es doch mit Leichtigkeit möglich sein, — wenn jeder Kollege guten Willen zeigte — die Beiträge so pünktlich einzulassen, daß wir mit Quartalschluß unsere Abrechnung mit knapper Not der Veröffentlichung am schwarzen Brett unseres Organs entgingen. Auf künftige Zahlen wird in Zukunft keine Rücksicht mehr genommen, da hierdurch die Schlamperet gefördert wird. Ein weiterer Mißstand ist der, daß die Kollegen sich zu wenig an den Bestimmungen des Statuts halten und besonders im Falle der Erwerbslosigkeit das pünktliche Anmelden vergessen. Kollegen, wenn am Anfang in dieser Hinsicht etwas Rücksicht genommen wurde, so müssen wir uns jetzt streng an die Vorschriften halten, und hat jeder Kollege etwaigen Schaden sich selbst zuzuschreiben.

Der größte Mißstand aber ist der schlechte Besuch der Versammlungen; ist doch selten nur der dritte Teil unserer Mitglieder in denselben, und muß dieses auf die Kollegen, welche immer die Versammlungen besuchen, entmutigend wirken. Kollegen von Frankenthal! Dies muß anders werden. Ihr alle wißt, daß wir hier mit einem starken und rüchichtslosen Gegner zu rechnen haben. Gerade deshalb müssen wir um so energischer für unsere Sache kämpfen. Um uns aber die nötige Schulung zu diesem Kampfe zu holen, müssen wir die Versammlungen besuchen. Unsere nächste Versammlung findet am 13. d. s. Mts., abends 1/9 Uhr in der Wirtschaft Graf statt und erwarten wir, daß jeder Kollege erscheint. Die Tagesordnung ist so wichtig, daß die Anwesenheit jedes Kollegen notwendig ist. Nämlich: Unsere Stellungnahme zur Generalversammlung in München und Beitragserhöhung. Der größte Teil unserer Kollegen sieht die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung ein, darum, Kollegen, alle in die Versammlung, damit auch die, welche sonst nicht in die Versammlung kommen, hier beweisen, daß sie Interesse an ihrer Sache haben. Wegen einer wichtigen Kontrolle wird gebeten, daß jeder sein Mitgliedsbuch mitbringt.

Saizbach (Oberpfalz). Seit dem vorigen Jahre hatte sich mit dem Erstarren der Organisation auch in den Arbeiterverhältnissen auf der Maxhütte-Rosenberg manches gebessert. Dennoch finden sich noch Meister, welche in dem Arbeiter nicht den Mitmenschen

sehen, sondern den Hörigen oder gar Sklaven erblicken. So hat z. B. ein Meister im Walzwerk einen Arbeiter, der in den 30er Jahren steht und Familienvater ist, als Lausbube tituliert. Ein 20jähriger Arbeiter wurde von dem gleichen Meister geohrfeigt. Mit Recht geißelt man öffentlich und bestraft Soldatenmißhandelter. Hier kommen aber auch freie Arbeiter und Würmer in Betracht. Die in Rosenbergs Kattafundene gut besuchte Versammlung vom 31. Mai nahm mit Enttäufung Kenntnis von solcher Behandlung.

Wir glauben wohl mit Bestimmtheit annehmen zu können, daß eine derartige Handlungsweise der Meister von der Werkleitung verurteilt und zurechtgewiesen wird. Wünschenswert wäre allerdings, daß man dem vorjährige eingeführten „Arbeiterausweis“ die zu eng gezogenen Grenzen erweitern würde, um solche Vorkommnisse auch durch den Arbeiterausweis zur Sprache und Abstellung zu bringen. Wer heute die Dinge nüchtern beurteilt, wird zugeben müssen, daß der Beschwerdebeweg der Beschwerdeführenden nur zu leicht auf die Landstraße führt. Die Arbeiterschaft der Maxhütte hat ihre Stellung und Bedeutung erkannt, jede Woche bringt unserem Verband neue Kämpfer für unsere gerechte Sache. Und ihr, die ihr noch abseits steht, besinnet euch auf eure Standes- und Arbeiterpflicht, arbeitet mit an der Besserung eurer Lage. Das könnt ihr aber nur als Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Aus dem Siegerland. Kürzlich haben die Herren von Sieblich ihren Sekretär Becker aus dem Siegerland fortgeholt, weil er „für uns war“, und durch einen Herrn Abmeier ersetzt. Die Zukunft wird lehren, daß es nicht an den Sekretären liegt, wenn nichts erreicht wird, sondern hier, wo nur evangelische Unternehmer in Frage kommen. Ist die „Berliner“ Theorie erst recht zur Unmöglichkeit verdammt. Wenn man uns früher immer vorwärts, wir trügen der geistlichen Autorität nicht genügend Rechnung, so hält man sich jetzt darüber auf, wo einige geistliche Herren sich für uns ausgesprochen haben, und sagt: „Wir müßten dieselben haben, um existenzfähig zu bleiben, ohne Geißeln gehen mit den „Christlichen“ nicht.“ Wenn uns das ein Genosse sagte, könnte man es verstehen, was aber der „berühmte“ Oberhaupt der hiesigen Metallfachabteilung sich dabei denkt, bleibt uns ein Rätsel.

Als am Himmelfahrtstage seitens des Gewerkschaftsausschusses Vergarbeiter und unseres Verbandes in Wissen und Hamm große Volksversammlungen abgehalten wurden, die übrigens großartig verliefen sind, und zu welchen mit besonders gedruckten Flugblättern eingeladen wurde, schrien die hiesigen „Berliner“ Morbio über die Arbeitergroßherren, die da unwillkürlich verpulvert wurden. (1) Freilich haben wir es nicht nötig und verbietet es uns überhaupt der Anstand, in dieselbe Herbe zu hauen wie „Sich Berlin“.

In Wissen hielten sie gegen den Willen ihres Präses des Herrn Pfarrers von Kirchen, und gegen den Willen der Wissener Geistlichkeit eine Versammlung ab. Die Einladungsblätter zu derselben geben Zeugnis, wie erbärmlich es doch in dem Lager aussieht. Auf einem Stück Zeitungspapier befindet sich auf der einen Seite ein Teil von einer technischen Zeichnung, und auf der andern Seite ist mit Bleistift folgendes hineingezeichnet:

„Sonntag den 10. Mai 11 Uhr Versammlung des kath. Arbeitervereins Wissen im Saale des Herrn Gajfeld. Zutritt gestattet.“

Wer könnte einer solchen Einladung widerstehen? Da nun in Wissen, welches zur Erzdiözese Köln gehört, kein Boden für sie ist und sie auch genau wissen, daß sie in fremdem Revier wildern, ließen sie auch in dem Juraat der „Sieglblätter“ ihr Firmenschild „Sich Berlin“ fort. Diesbezüglich von dem Herrn Dechant in Wissen zur Rede gestellt, behauptete der dortige Vorsitzende, die Redaktion habe dieses verschuldet, welches man aber nach der obigen Einladung stark anzweifeln kann.

Wie weit der Fanatismus einiger hiesiger Leute gebrungen ist, zeigt der Umstand, daß man schon katholische Zeitungen wie das „Sieglblatt“, abgeschafft hat, weil es hier und da mal ein Wort für unsere Bewegung bringt. Dafür werden farblose Blätter gehalten, bei denen das Wort „christlich“ nur dann in Anwendung kommt, wenn man Geld verdienen kann.

Zur Erheiterung sei dann noch mitgeteilt, daß dem „Berliner“ Agitator August Gr. „ein Spikbube und ein Sozialdemokrat lieber ist, als ein Christlicher“. Man sollte es eigentlich nicht für möglich halten, daß die „Berliner“ Theorie ein solches Zerstückungswort in geistig gesund sein wollen Menschen hervorbringen kann. Wir nehmen ihm das ja auch nicht krumm, weil er eben nur ein beschränkter Fanatiker und sich seines Tuns nicht bewußt ist. Ein „Wink aus der Ferne“ kann ihm sowohl wie auch noch manchem andern, die auch den Mund nicht voll genug nehmen können und gegen unsere Beamten gehen, nur zweckdienlich sein. Besonders hegen sie gegen Kollegen Stettner, der sich allerdings mehr Verdienste um die Siegerländer Arbeiter erworben hat, als 10 Berliner Schwarmgeister zusammen. Trotzdem man mit allen möglichen Mitteln versucht, uns hier verschwinden zu lassen, wird es doch nicht gelingen, uns auch nur um einen Mann abzuschwächen. Hoffentlich steigt die Zeit nicht mehr allzusehr, wo ein lieber Sonnenschein den irreführenden Kollegen der hiesigen „Berlinerer“ offenbart, daß sie mit ihren Fachabteilungen als wirtschaftliche Berufsvertretung auf dem Holzwege sind und daß nur ihr Platz sein kann in der christlich interkonfessionellen Gewerkschaftsbewegung.

Schönau. Hier in der sächsischen Industriemetropole beginnt der gesunde Gedanke der christlich-nationalen Gewerkschaften ebenfalls Boden zu fassen. Ein gut Teil der dortigen Kollegen wollen mit dem sozialdemokratischen Kummel nichts zu tun haben, da ihnen der Glaube an den „Zukunftsstaat“ fehlt, und teilweise verloren gegangen ist. Für diese kann nur die christlich-nationale Organisation in Frage kommen, denn den absterbenden kirchlich-dunkleren Gewerkschaften werden sie sich nicht anschließen, noch viel weniger einer einseitigen, religiös fanatischen Berliner Fachabteilung. Der christlich-sozialen Metallarbeiterverband bietet den Arbeitern große Vorteile und tritt entschieden für die Arbeiter-Interessen ein. Darum stolzen von Chemnitz! hinein in diesen Verband, stärkt die Reihen der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung!

Die am 24. Mai stattgefundene Generalversammlung unserer Ortsgruppe, in welcher der Vorsitzende Kollege Buchner-Goslar auch anwesend war, beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Ausgange von zwei Kollegen wegen Schädigung der Verbandsinteressen. Seit dem siebenjährigen Bestehen unserer Ortsgruppe ist es das erste Mal, daß wir mit einem solchen Fall zu tun hatten. Die beiden früheren Kollegen Gora und Epikate haben in letzter Zeit durch, allerdings ungewisse Behauptungen und Machinationen, ohne die geringsten Beweise zu bringen, unter den Mitgliedern Verwirrung und Aufregung hervorzurufen versucht. Aus Anlaß der zurzeit aufgeworfenen Frage einer Beitragserhöhung haben sie ferner die Gelegenheit benützt, einen Unterstützungsverein zu gründen, in dem sie die führende Rolle übernommen haben. Jetzt versuchen sie besonders die jüngeren Kollegen zum Austritt aus unserem Verbande zu bewegen, was ihnen allerdings nur bei sehr wenigen gelungen ist.

Hier zeigt sich wieder, daß diese Kollegen keine richtigen Gewerkschaftler waren, sondern nur Kassenmenschen, die es nur darauf abgesehen haben, für wenig Geld möglichst viel zu erhalten. Jeder überzeugte Gewerkschaftler weiß, wie verwerflich und arbeiterfeindlich solches Treiben ist. Die beiden Abtrünnigen scheinen es nicht zu begreifen, wie schwer sie sich selbst und alle anderen Kollegen schädigen, wenn sie versuchen, auch andere zu verlocken und aus dem Verbande herauszuziehen.

Gerade jetzt, wo die Krise in der Metallindustrie auch hier sich so empfindlich fühlbar macht, wo Betriebsstörungen, Feiertagsarbeiten und Abfordrungen an der Tagesordnung sind, ist es doppelt verwerflich. Damit erweisen sie der Arbeiterschaft einen schlechten Dienst und leisten dem Unternehmertum Vorschub zu weiteren Maßnahmen. Gott bewahre uns vor solchen „Freunden“, muß man angesichts des Treibens dieser Arbeiter ausruhen. Alle unsere Kollegen, mit Ausnahme dieser beiden und einiger Trabanten, die sich ja immer finden, sehen ein, daß durch Unterstützungsvereine ihre Lage nicht gebessert wird, sondern durch Zusammenstoß im christl. Metallarbeiterverband. Auch von den irreführenden Kollegen sind fast alle zur besseren Einsicht gekommen und haben den guten „Freunden“ die Gefolgschaft versagt. Sie sind wieder zurückgekehrt, und auch die beiden werden noch einsehen müssen, daß mit Unterstützungsvereinen der Arbeitergesellschaft nicht gedient ist.

Darum, Kollegen, laßt euch nicht betören, und wenn man zu euch kommt, dann gebt diesen verblendeten und betörenden Nach-Kollegen die richtige Antwort. Vertraut eurem Vorstand, der stets ohne Rücksicht eure Interessen vertritt, und seid ihr in einem Punkt im unklaren, so befragt eure Führer. Besucht fleißig die Versammlungen, seid eifrig das Organ. Gerade in der jetzigen Zeit tut es doppelt not, fest zusammen zu halten im Interesse eurer selbst, eurer Familie und der ganzen Arbeiterschaft, denn nur Beharrlichkeit führt zum Ziel. Und deshalb: Wenn Euch die bösen Buben locken, so folget ihnen nicht.

Würfel. Am Vorabend des heiligen Pfingstfestes war es in unserm sonst stillen Ort sehr lebendig, viel lebendiger wie es sonst vor den hohen Feiertagen zu sein pflegt. Ganze Scharen von Arbeitern und Bürgern sah man gegen neun Uhr abends zum größten Teil des Ortes, zum Zöllerischen Lokal hinzuziehen. Und was war die Ursache davon?

Am Morgen des Pfingstmontags waren die 13 Beratenden des vielgenannten Würfelner „Landfriedensbruchprozesses“ aus dem Gefängnis entlassen worden und nun strömten die Arbeiter und Bürger zusammen, um die Opfer der Arbeiterbewegung zu ehren und ihnen öffentlich ihre unverminderte Hochachtung und Sympathie zum Ausdruck zu bringen. Auch aus den umliegenden Ortschaften, von Wachen und Herzogenrath usw. waren viele Kollegen erschienen. Gegen neun Uhr war der große Saal gefüllt und ein brausendes dreimaliges Hoch begrüßte die in corpore erscheinenden Gefeierten.

Die Veranstaltung war als eine gemüthliche Festfeier mit Musik und gemeinschaftlichen Liedern gedacht; doch in letzter Stunde wurde das Aufführen von Musikstücken und das Singen gemeinschaftlicher Lieder von der Würfelner Polizeibehörde verboten. Dieses Verbot drückte nunmehr der imposanten Versammlung ihren Stempel auf und sie gestaltete sich zu einer machtvollen Protestkundgebung gegen eine solche Einschränkung der Bewegungsfreiheit gut patriotisch gesinnter Staatsbürger. Die Veranstaltung selbst aber hat durch dieses Verbot an tieferem Gehalt und äußerem Nachdruck nur gewonnen. Der Würfelner Polizeigeist war auch hier ein Teil jener Kraft, die Böses will und Gutes schafft.

Daß die demonstrative besuchte Versammlung trotz dieser behördlichen „Zurückkommlichkeiten“ und des Aufgebots von einem halben Duzend Bewaffneten (Sechs hat Schreiber dieses gezählt. Natürlich mußten die Herren Gensdarmen draußen wachen. D. S.) in schönster Harmonie verlief, ist bei der Gesinnung der christlichen Arbeiterschaft selbstverständlich. Als Vertreter der Gemeinde und Gausprediger des wendischen Kollegen Bergmann-Duisburg erschienen. Ferner sprachen noch Kollege Schmick-Röhm, Harich-Herzogenrath, Wollsch-Wachen, Weber-Wachen (Partei-Sekretär), Schaffrath-Würfel einer der 13 aus dem Gefängnis Zurückgekehrten und ein Vertreter des katholischen Arbeitervereins Würfel. Höher sind wohl noch sel-

ren in einer Versammlung die Wogen der Begeisterung für die christliche Arbeiterbewegung gestiegen. Mit einem donnernden Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung fand dieser letzte Akt des Würsener Dramas seinen Abschluß.

Aus dem Unternehmerlager.

Austimmigkeiten in den Arbeitgeberverbänden.

Infolge der schrankenlosen Preispolitik der Organisation in der Schwerindustrie und des damit verbundenen Druckes auf die weiterverarbeitenden Gewerbe war es seit längerer Zeit schon im Unternehmerlager zu weitgehenden Meinungsverschiedenheiten gekommen. Diese Zwistigkeiten haben nunmehr den Zerfall der sogenannten Interessengemeinschaft des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen zur Folge gehabt.

Fabrikbesitzer Friedrichs-Potsdam legte ausführlich dar, weshalb der Bund der Industriellen aus der Interessengemeinschaft ausgetreten ist. Er wolle wieder unabhängig und in der Lage sein, die Interessen der im Bunde vertretenen Industrien auf das energischste zu vertreten. Die Gegensätze zwischen den Verbänden dürften nicht mehr verschleiert werden. Der Zentralverband werde, solange Ruess an seiner Spitze steht, immer die Vertretung der Rohstoffindustrie und der Schwerindustrie bleiben, während der Bund die Interessen der weiterverarbeitenden Industrie vertrete.

Die außerordentliche Generalversammlung des Bundes der Industriellen spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der seit zwei Jahren in der Interessengemeinschaft durchgeführte Versuch, eine kraftvolle einheitliche Vertretung der deutschen Industrie herbeizuführen, durch das Verhalten des Herrn Ruess gescheitert ist. Sie erklärt sich mit dem durch den Vorstand des Bundes veranlaßten Austritt vollkommen einverstanden und erblickt eine wesentliche Aufgabe des Bundes in dem festen Zusammenschluß der auf wirtschaftlicher Grundlage errichteten Landesindustrierverbände, um im Verein mit ihnen die gemeinsamen Interessen der verarbeitenden Industrien Deutschlands zu vertreten.

Zur Durchführung des engeren Zusammenschlusses des Bundes mit den Landesindustrierverbänden wurde ein Ausschuß bestellt.

Die in den letzten Wochen viel erörterte Frage „Arbeitgeber und Politik“ behandelte Fabrikbesitzer Claus, Mitglied des hiesigen Landtages, in dem Sinne, daß eine große Interessengemeinschaft der dem Bunde nahe stehenden Industriellen Fühlung mit den liberalen Parteien in den Parlamenten nehmen sollte, um so ein Gegengewicht gegen die einseitige Pflege der Interessen der Schwerindustrie in der deutschen Wirtschaftspolitik zu schaffen. In diesem Zusammenhange machte auch Generalsekretär Dr. Wendlandt eine Mitteilung zu den sozialpolitischen Gegensätzen zwischen Zentralverband und Bund. Während jener allgemein verkündet habe, daß die deutsche Industrie bereit sei, bei der Umgestaltung der Arbeiterversicherung die Hälfte der Krankentassenbeiträge zu übernehmen, hätten sich auf eine Umfrage des Bundes 65% der antwortenden Firmen gegen diese Übernahme ausgesprochen und nur 5% erklärt, daß sie freiwillig die halben Beiträge tragen würden, 20% wollten unter bestimmten Bedingungen die Beiträge übernehmen.

zentrat in Tages behandelte, kam es nochmals zu schweren Angriffen gegen die vom Zentralverband unterstützte Export- und Preispolitik der Synodate und zu einem Aufruf an die Staatsregierung, sie solle durch eine andere Tarifpolitik der Eisenbahnen, durch selbständige Preisstellung der städtischen Vergewerke — womöglich nach Wärmeerhalten der Kohle, um deren Ungleichartigkeiten im Preise Rechnung zu tragen — die bisherige Preiswirtschaft des Kohlenindikats durchkreuzen.

Der Bund süddeutscher Industrieller

hat in einer kürzlich in Mannheim abgehaltenen Delegiertenversammlung sich auch mit der politischen Tätigkeit der Unternehmer beschäftigt. Der Arbeitgeberführer Dr. Stresemann war der Meinung, daß die Industriellen in den parlamentarischen Körperschaften nichts durchsetzen, wenn sie eine Industriepartei bilden, Hauptfrage sei der Ausbau der industriellen Organisation, ein engerer Konnex derjenigen, die auf gleichem Boden stehen. Der Bund süddeutscher Industrieller faßte folgende Entschliessung:

1. Der Verband süddeutscher Industrieller erklärt sich für eine vernunftgemäße Fortführung der Sozialpolitik insofern als dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der süddeutschen Industrie nicht behindert wird. 2. Der Verband süddeutscher Industrieller und der ihm angeschlossene Württembergische Industrieverband beklagt die Vorgänge, welche zur Lösung der Vereinigung der bisher verbundenen Organisationen geführt haben, billigt aber durchaus den Austritt des Bundes aus dieser Gemeinschaft und sieht seine Hauptaufgabe darin, durch den Ausbau der eigenen Organisation und durch festes Zusammengehen mit den auf gleicher Grundlage errichteten Landesindustrierverbänden namentlich den Einfluß der verarbeitenden Industrie, solange sie nicht im Zentralverbande deutscher Industrieller die gebührende Vertretung findet, in jeder Weise zu stärken.

Aus diesen Vorgängen ist zu ersehen, daß es auch innerhalb der Unternehmerkreise große Gegensätze gibt und daß die Einheit vollends in die Brüche geht, wenn nur der Gedanke der Parteipolitik in den wirtschaftlichen Verbänden auftaucht. Das mögen sich auch jene „Genossen“ merken, die immer mit der Agitationsphrase haufieren gehen, im Unternehmerlager sei alles einig, nur die Arbeiter hätten sich durch die Schuld der Christlichen gespalten, während das Gegenteil geschichtliche Tatsache ist.

Gelbeingänge an der Hauptkasse im Monat Mai.

- Bochum 800,—, Hörter 58,77, Grefelb 277,61, Horbach 15,—, Rottenburg 11,60, Bremen 145,90, Rehrim 151,24, Salzb. 146,90, Eiserfeld 105,05, Thersienhütte 14,23, Urm 129,95, Langelsheim 100,—, Hensbur 160,10, Wöhrenbach 101,05, Kievern 79,75, Duisburg 108,40, Hamburg 249,85, Delede 40,20, Tullkorn 107,23, Böhst a. M. 745,09, Mülheim a. Rh. 721,77, Wasseralfingen 609,19, Karlsruhe 223,97, Hannover 646,45, Neustadt (Baden) 12,15, Lanbau 6,50, Dinklage 262,78, Rhein- 276,37, Werder 163,55, Hildesheim 348,03, Lampertheim 49,95, Dinslaken 44,75, Leichlingen 254,20, Hoppede-Bontfischen 173,95, Markt-Neudorf 38,30, Straßburg 57,65, Frankfurt a. M. 344,95, Remscheid 121,38, Kirchen 11,20, Ratingen 169,12, Rneibrücken 14,15, Kall 697,64, Solingen 170, Dessau 41,80, Ludwigschalen 235,34, Bengen 146,30, Lambrecht 54,32, Ober-Schönweide 138,50, Dülmen 296,77, Oldenburg 18,58, Lippstadt 469,80, Seligental 127,82, Kröndenberg 12,95, Letmathe 106,53, Dier 359,20, Bruchsal 10,05, Thale a. Harz 234,58, Eöln 420,28, Stolberg 500,—, Worms 47,95, Welbert 175,24, Schiffbed 10,62, Nagelsburg 399,30, Sürth 251,78, Frankenthal 12,07, Sürth 4,10, Warendorf 124,12, Alföld 176,80, Fulda 364,77, Altenbach 36,38, Eberfeld 103,94, Neustadt-Wuppach 24,93, Düren 111,56, Osabrück 474,80, Bingsl 8,50, Ammigrath 60,63, Schwelm 236,18, Burgsteinfurt 12,95, Nieder-Elöhe 62,—, Kölichhausen 39,75, Oberursel 242,—, Harnsberg 463,77, Jersch 112,81, Hagen 473,17, Oberursel 7,70, Eöln 3,—, Stadde 216,15, Nachen 1746,68, Schwelm 11,15, Barren 582,—, Jüngerboof 77,10, Reiff 55,31, Papenburg 200,—, Bromberg 119,10, Bochum 277,42, Eiserfeld 66,08, Rattow 167,70, Frankenthal 3,83, Werfenbach 182,76, Brühl 113,38, Neustadt i. Schl. 87,75, Alme 215,12, Elz 38,65, Düsselhof 1969,66, Gelsenkirchen 1268,46, Biegnitz 12,92, Döberg 290,26, Mendon 376,85, Mettenberg 95,—, Aölen 487,64, Düren 497,61, Essen 8808,34, Zella 7,—, M. Gladbach 845,59, Rastatt 59,30, Dresden 45,62, Konstantz 146,15, Hamm 2978,16, Delbe 803,58, Warstein 10,61, Rattow 1,35, Off-nbach 686,04, Mannheim 400,—, Zabern 22,10, Siegen 540,20, Duisburg 473,71, Cleve 11,05, Lauterbach 58,30, Breslau 6,70, Oberhausen (Hölv.) 719,09, Engelskirchen 127,22, Grewenbroich 6,60, Königsberg 11,30, Ohligs 154,30, Linbau 16,75, Karlsruhe 60,10, Reins 63,80, Kiel 73,80, Freiburg 212,88, Oer 400,—, Eöln 83,10, Wüllich 40,88, Stuttgart 192,65, Bielefeld 1256,56, Bieren 79,50, Rheint 188,05, Koffheim 28,80.

Literarisches.

Jeder Kollege muß in seiner Privatbibliothek vor allem folgende Gewerkschaftsliteratur haben:

- 1. Protokoll der 4. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes nebst kurzer Geschichte 0,30 M.
- 2. Das neue Reichsbereinsgesetz von M. Schiffer 0,20 M.
- 3. Protokoll des 5. Kongresses der christlichen Gewerkschaften zu Essen-Mühlr. 0,30 M.
- 4. Protokoll des 6. Kongresses der christlichen Gewerkschaften zu Breslau 0,30 M.
- 5. Bericht über die Verhandlungen des zweiten deutschen Arbeiterkongresses 0,50 M.
- 6. Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben von F. Giesberts, 0,15 M.

- 6. Die „Freien“ und „Unfreien“ Gewerkschaften nebst einer Darstellung der sozialökonomischen Ursachen und Ziele der Gewerkschaftsbewegung. Verlag der Westdeutschen Arbeiterzeitung, M. - Gladbach, 0,40 M.
- 7. Die Gelben. Mit besonderer Berücksichtigung der Gelben Frankreichs 0,20 M.
- 8. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Ein Mischbild und Ausblick im Januar 1908 von Christian Jülles, Handelsrevisor an der Köln. Volkszeitung, 0,10 M.
- 9. Sämtliche Broschüren sind durch die Zentralgeschäftsstelle unseres Verbandes zu beziehen.

Sterbetafel.



Mülheim-Ruhr-Saar. Am Dienstag, den 26. Mai starb unser Kollege Albert Schmelzer an Nierenleiden.

Ehre seinem Andenken!

Bekanntmachung.

Das Mitgliedsbuch Nr. 79 656, auf dem Namen Albert Dykens ausgestellt, ist in der Ortsgruppe Bremen verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Versammlungs-Kalender.

- Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.
- Altrötting. Sonntag, den 14. Juni, vormittags 10 Uhr Versammlung mit Referat. (Am Saal.)
- Bremen. Samstag, den 20. Juni Versammlung mit Vortrag. Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag erfolgt am Sonntag, den 28. Juni von 12 — 2 Uhr in der Marienburg am Steffensweg.
- Bochum. Sonntag, den 14. Juni, morgens 11 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus, Wiemelshaustr. 13.
- Chemnitz. Sonntag, den 14. Juni, vorm. 11 Uhr Generalversammlung bei Wirt B. Müll.
- Duisburg I. Sonntag, den 14. Juni vorm. 11 Uhr Versammlung im Arbeiterheim Seitenstr. 19.
- Dortmund. Samstag, den 13. Juni abends 9 Uhr Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus.
- Emmerich. Samstag, den 14. Juni abends 8 Uhr bei Bungardt, außerordentliche Mitgliederversammlung. Vortrag Kollege Franzen.
- Emmerich. Donnerstag, den 18. Juni (Frohnleichnam) abends 8 Uhr öffentliche Versammlung bei Bungardt, Rosentina Frau Niebach.
- Eisenach. Nächste Versammlung am 20. d. M. im Vereinslokal.
- Essen-Holsterhausen. Sonntag, den 14. Juni, vormittags 11 Uhr Versammlung im Lokale Buchner, Gobeisenstraße.
- Essen-Mittenscheid. Sonntag, den 14. Juni vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag. Verkehrslokal Wirt Walney, Mittenfelderstraße.
- Essen-Suttrop. Sonntag, den 14. Juni vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag. Verkehrslokal: Wirt Stattrop, Chaujeestrasse.
- Essen (Schloffer und Schmiede, Kleingewerbe.) Samstag, den 13. Juni, abends 9 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstraße.
- Essen (Kleingewerbe.) Sonntag, den 14. Juni, vormittags 11 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße.
- Essen-Berge-Vorbeck. Sonntag, den 14. Juni vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag. Verkehrslokal: Wirt Boortmann, Hochstraße.
- Gelsenkirchen (Kleingewerbe). Freitag den 12. Juni abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Dirkes.
- Gelsenkirchen-Remscheid. Sonntag, den 14. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Masius.
- Gelsenkirchen-Pöhlen. Samstag, den 13. abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Nachharschulte.
- Gelsenkirchen-Bulmke. Samstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Weshede.
- Gelsenkirchen-Schafke. Sonntag, den 21. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Wegener.
- Hattingen. Sonntag, den 14. Juni, morgens 11 Uhr bei Gaumar.
- Hedderheim. Die Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung findet in unserer Ortsgruppe am Sonntag, den 28. Juni, vormittags 11 Uhr im Vereinslokal statt.
- Jugolstadt. (Bayern). Verkehrslokal der christl. Gewerkschaften ist: Gasthaus zum Tafelmeier, Inhaber: Callus Walter, Speien und Getränke, sowie Nachtquartier zu mäßigen Preisen.
- Oberhausen (Hölv.) Sonntag, den 14. Juni vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Dehler Marktstr.
- Olsberg. Sonntag, den 21. Juni nachm. 4 Uhr Versammlung bei Wilhelm Kropf.
- Neustadt am Saardt. Nächste Versammlung am Samstag tag bei Leidenheimer.
- Siegburg. Sonntag, den 14. Juni vorm. 10 Uhr Versammlung im Marktll.
- Unterföcken. Mittwoch, den 17. Juni abends 8 Uhr Versammlung im Lokal Hirsch.
- Wasseralfingen. Sonntag, den 14. Juni, vormittags 11 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal.
- Witten. Sonntag, den 14. Juni, morgens 11 Uhr bei Widdede.

Dauernde Stellung

Sucht ein Kollege als Maschinenarbeiter. (Bohrer, Stanzler, Fräser, Hobler, oder als Motorenwärter. Angebote sind an die Geschäftsstelle des Verbandes zu richten. :